Meinungsstreit um die NPD

Schon über 1000 Statements zu »nonpd« eingegangen

Die »Politik« streitet weiter über ein NPD-Verbot. Wiederholt machte Berlins Innensenator Dr. Erhart Körting von sich reden. Ausgerechnet im »Neuen Deutschland« vom 24. Februar gab der Sozialdemokrat bekannt, dass bereits in vier Bundesländern – Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Berlin – »die Voraussetzungen für ein Verbotsverfahren« erfüllt sind.

Dies bedeutet im Klartext, dass vier Verfassungsschutz-Behörden ihre V-Leute in den NPD-Führungen bereits abgeschaltet haben. Körting hat damit bewiesen, dass das Politikermantra, ein Verfahren zu beginnen sei ja so »schwierig«, falsch ist. Dementsprchend verschnupft reagierten zahlreiche seiner christdemokratischen Innenminister-Kollegen. Einen besonderen Lapsus leistete sich Baden-Württembergs Innenminister Heribert Rech. Er fand sich mit folgendem Zitat in der Regionalpresse (Schwarzwälder Bote, 05. März) wieder: »Wenn ich alle meine verdeckten Ermittler aus den NPD-Gremien abziehen würde, dann würde die NPD in sich zusammenfallen.« Nachher wollte er es so nicht gemeint haben. Zur Vorstellung des VS-Länderberichts sagte Rech, die NPD sei der »Kern des Rechtsextremismus«, ihre Kader seien »kampagnefähige« und häufig »ideologisch geschult und gefestigt«.

Rumoren auch in der NPD

»Kameradschaftlich« ging es auch innerhalb der NPD in den letzten Monaten nicht zu. Gerade die wichtigsten Funktionäre lieferten sich angesichts erneuter Finanzprobleme - ein wiederum falscher Rechenschaftsbericht führte zu einer Strafforderung von 2,5 Millionen Euro - erbitterte Machtkämpfe. Das verführte viele Medien dazu, von einer Erledigung des NPD-Verbots durch die NPD selbst zu sprechen.

Der Bundesparteitag am 4. April ging allerdings anders aus als von vielen Medien vorausgesagt. Udo Voigt scharte 2/3 der Delegierten hinter sich; die bisherigen Kronprinzen Holger Apfel und Udo Pastörs wurden aus dem Parteivorstand verbannt. Genau diese beiden sind aber als Fraktionsvorsitzende in den Landtagen von Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen von großer Bedeutung für die NPD. In einer Standortbestimmung, genannt »Der deutsche Weg«, erklärte der neue Parteivorstand, das »liberalkapitalistische System« und den »Parteienstaat« umgehend »überwinden« zu wollen. Damit suchte man sich gegenüber dem »sächsischen Weg« Apfels abzusetzen, der nicht radikal genug erschien.

Die Spannungen innerhalb der Partei sind weder neu noch überraschend. Die NPD verspricht ihrem Wählerpotential viel und ihren aus unterschiedlichen Milieus stammenden Aktivisten noch viel mehr. Schon immer schwankte sie zwischen den Verbeugungen vor ehrenwerten Bürgern und der Ansprache randalierender Schläger, wobei das Schwergewicht mal auf der einen, mal auf der anderen Seite lag. Dies in frappierender Übereinstimmung mit den historischen faschistischen Bewegungen. Inhaltliche Unterschiede, oder auch nur im taktischen Verhalten sind bei den Akteuren nicht zu erkennen. Es handelt sich nur um momentane Pseudoargumente im Kampf um die Macht in der Bewegung. Sie sind auch kein Hindernis für spätere Neuverbrüderungen. Ein neuestes Foto zeigt Voigt und Pastörs zwar mit verkniffenen Gesichtern, aber doch Arm in Arm.

Von weit größerer Bedeutung für die Zukunft werden die Ergebnisse der Kommunal- bzw. Landtagswahlen insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Thüringen und im Saarland sein. Es wird sich zeigen, ob der Wähler über die von den Medien gerne herausgestellten internen Schlammschlachten der NPD hinwegsieht und auf die gut vorbereiteten Parolen eingeht.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Der Mutmacher vom Boulevard St. Martin

Peter Gingolds Erinnerungen an Résistance und antifaschistische Arbeit in der BRD

Man konnte ihn immer treffen, bei Zeitzeugengesprächen, an der Spitze von Demonstrationen zum 8. Mai, als Bundessprecher der VVN-BdA, gemeinsam mit autonomer Antifa gegen Neonazis oder auf der Bühne der »Alten Oper« in Frankfurt/Main bei einer Veranstaltung gegen Rechtsextremismus. 2006 erhielt er für dieses Engagement die Carl-von-Ossietzky-Medaille – Peter Gingold.

Er war »Reisender in Sachen Mutmachen, gegen Verzagtheit, Enttäuschung und Resignation, gegen Hoffnungslosigkeit«. So beschreibt sich Peter in seinen autobiographischen Aufzeichnungen. Im Papy-Rossa-Verlag sind diese Erinnerungen Ende März unter dem Titel »Paris – Boulevard St. Martin No. 11« als Buch erschienen. Peter Gingold (1916 – 2006) war einer der profiliertesten jüdischen Widerstandskämpfer und Kommunisten in der Bundesrepublik. Besonders seit den 1970er Jahren trat er als Redner auf Kundgebungen, bei Aktionen gegen Naziaufmärsche und als Zeitzeuge in Schulen und Verbänden auf.

Er berichtete über seine Erfahrungen aus der Zeit des aufkommenden Faschismus in Deutschland, sein Exil in Frankreich und seinen Kampf in den Reihen der französischen Résistance, in der Illegalität, seine politische Agitation unter deutschen Besatzungssoldaten, seine Verhaftung und die abenteuerliche Flucht aus den Fängen der Gestapo und nicht zuletzt seine Teilnahme am Aufstand von Paris 1944. Den 8. Mai 1945, das »Morgenrot der Menschheitsgeschichte«, erlebte er in der italienischen Resistenza.

Seine Hoffnungen auf einen antifaschistischen Neubeginn wurden durch die Restaurationspolitik in der Bundesrepublik zerstört. Er erfuhr als jüdischer Widerstandskämpfer eine erneute Ausgrenzung durch Kommunistenverfolgung, durch Ausbürgerung und das Berufsverbot für seine Tochter Silvia. Doch gleichzeitig erlebte er eine internationale Solidarität, der sich auch die »kalten Krieger« in der BRD beugen müssen.

In den letzten Jahren engagierte er sich insbesondere in der VVN-BdA und formulierte gemeinsam mit Esther Bejerano anlässlich des 50 Jahrestages der Gründung dieser Organisation seinen Appell an die Jugend, in dem sie auf das großartige Vermächtnis des antifaschistischen Widerstandskampfes für die nachgeborenen Generationen verwiesen.

Seine Erinnerungen spiegeln in ihrer Eindringlichkeit und Aussagekraft sein Leben und seinen Charakter authentisch wider. Herausgegeben wurde das Manuskript von Ulrich Schneider, der neben der redaktionellen Bearbeitung etwa zwei Dutzend historische Erläuterungen beifügte, damit auch junge Leser und historisch weniger Bewanderte den Text und die chronologischen Zusammenhänge leichter verstehen können. **Bernd Kant**

Peter Gingold, Paris – Boulevard St. Martin No. 11, Ein jüdischer Antifaschist und Kommunist in der Résistance und der Bundesrepublik, hrsg. Ulrich Schneider, 187 S. Neue Kleine Bibliothek 136, PapyRossa-Verlag Köln, 14,90 Euro, ISBN 9783894384074

Meinungsstreit um NPD
(Fortsetzung von Seite 1)

Die Gegner der NPD mussten in den letzten Monaten wiederum vielerorts reagieren. Besonders plastisch wurde das taktische Grundproblem bei den Gegendemonstrationen zum Bundesparteitag. Nahezu alle gesellschaftlich relevanten Kräfte traten gegen die NPD auf. Es sprachen eine Vizepräsidentin des Bundestages (Petra Pau), eine Parteivorsitzende (Claudia Roth) und der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (Michael Sommer). Und doch konnten sie und Hunderte von Gegendemonstranten letztlich nur zusehen, wie die NPD-Delegierten unter Polizeischutz in das Reinikkendorfer Rathaus, also ein öffentliches Gebäude, einzogen. 80 Demonstranten, die dies nicht hinnehmen wollten, wurden vorübergehend festgenommen und müssen mit Strafverfahren rechnen. Möglich ist all dies vor allem durch den Parteienstatus der NPD. Die Fortsetzung unserer Kampagne **nonpd** trifft deshalb den Kern des Problems.

Erfolge der neuen nonpd-Kampagne

Die Kampagne entwickelt sich mit gutem, aber ausbaufähigem Erfolg. Über 50 000 Sonderausgaben der ***antifa*** wurden bislang verteilt; dazu viele zehntausend Flyer, Aufkleber und Postkarten. Auch die Entwicklung unserer virtuellen »Anti-NPD-Landkarte« liegt im Plan, es wurden über 1000 Stellungnahmen veröffentlicht. Reizvoll ist es, die Suchfunktionen von www.npd-verbot-jetzt.de zu nutzen. Wer hätte gedacht, dass z.B. in kurzer Zeit 131 Schülerinnen und Schüler das Wort ergreifen? Den Älteren sei gesagt, dass auch die handschriftliche Eintragung möglich ist – und vor allem die Eintragung, ohne dass man seinen Namen öffentlich preisgeben muss. Man drucke sich das Formular aus und sende es ausgefüllt an die VVN-BdA. Und was ist zu schreiben? Anders als bei den 175 000 gesammelten Unterschriften gilt es jetzt, eine kurze Meinungsäußerung zu formulieren. 5000 solcher Stimmen gegen die NPD sollen so zusammenkommen. **T. Willms**

Redet der Heeresinspekteur?

Gebirgstruppe bezeichnet Kriegsverbrechen als »Überreaktionen«

Die Bundeswehrführung hat den Heeresinspekteur der Bundeswehr Hans-Otto Budde zur Gedenkfeier des Kameradenkreises Gebirgstruppe am 17. Mai als Redner nominiert. Das ist die »Antwort« auf die Forderung nach Distanz der Bundeswehr zu einem Kameradenkreis, der nach Einschätzung der VVN-BdA zahlreiche Kriegsverbrecher in seinen Reihen hatte.

Diese Forderung wird besonders dringlich, da der Kameradenkreis in seiner Zeitschrift »Gebirgstruppe« demonstrativ die Verbrechen der Wehrmacht als »Überreaktionen« verniedlicht, die auch heute in den Auslandseinsätzen und in den Kriegen der Alliierten vorkommen und die straffrei bleiben sollten.

Dies geschieht in einer Zeit, da Mitglieder des Kameradenkreises in Deutschland und Italien wegen der Beteiligung an Massenverbrechen von Gericht stehen. Regelmäßig hätten sie und andere Kriegsverbrecher an den Treffen der Gebirgstruppe der Wehrmacht auf dem Hohen Brendten teilgenommen und auch anderweitig die Aktivitäten des Kameradenkreises unterstützt, ohne dass dieser sie aus seinen Reihen ausgeschlossen hätte. Der Kameradenkreis behaupte jedoch contrafaktisch, in seinen Reihen gab und gibt es keine Kriegsverbrecher.

Die Zeitschrift »Gebirgstruppe«, herausgegeben vom Kameradenkreis der Gebirgstruppe aus Wehrmacht und Bundeswehr, befasst sich im Dezember 2008 mit der Frage, ob nicht die heutigen Soldaten der Bundeswehr in Situationen geraten könnten, in denen sie wie einst die der Wehrmacht »überreagieren« und dann ebenfalls befürchten müssten, noch nach Jahrzehnten vor Gericht gestellt zu werden. Die »Gebirgstruppe«: »In der öffentlichen Meinung gilt heute bei uns jeder bereits als schuldig, dem eine Beteiligung an der Partisanenbekämpfung im letzten Weltkrieg vorgeworfen wird, während unsere Alliierten längst die Vorschriften und Erfahrungen der Deutschen auswerten und zu Rate ziehen für ihren aktuellen ›Kampf gegen den Terror‹.« Da wird die deutsche Wehrmacht als Lehrmeister für Bundeswehr und NATO herangezogen.

Die Bundestagsabgeordneten werden dringend aufgefordert, dafür zu sorgen, dass die Unterstützung der Bundeswehr für den Kameradenkreis beendet wird und die Entsendung des Heeresinspekteurs Budde als Redner beim Traditionstreffen der Wehrmacht auf dem Hohen Brendten zurückgenommen wird. Jede Unterstützung der Bundeswehr für den Kameradenkreis Gebirgstruppe soll ab sofort und für immer unterbleiben.

Die VVN-BdA: »Bedenken Sie, bei der Gebirgstruppe der Wehrmacht, deren Tradition sich der Kameradenkreis offenbar vollkommen verbunden fühlt, handelt es sich um eine Truppe, deren Zeichen, das Edelweiß, in der Bevölkerung der besetzten Gebiete ähnliches Entsetzen auslöste wie die SS-Rune. Es handelt sich um eine Truppe, die schwerste Massenverbrechen beging, darunter das Niederbrennen ganzer Ortschaften und die Ermordung ihrer Einwohner, die Deportation und damit die Ermordung der jüdischen Bevölkerung.«

C.K./H.F.

Gedenkstättenpolitik kritisch beleuchtet

Breiter Erfahrungsaustausch auf Einladung der VVN-BdA Sachsen

Unter dem Titel »Gedenken – Erinnern – Gedenkstätten in Sachsen« hatte der Landesvorstand Sachsen der VVN-BdA Ende März zu einem Erfahrungsaustausch eingeladen. Daran nahmen auch Vertreter der Fraktionen DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen im Sächsischen Landtag, des Sächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur, des DGB, des Zentralrates der Juden in Deutschland und der Stiftung Sächsische Gedenkstätten teil.



Hermann Schaus und Karin Jeschke von der VVN-BdA Sachsen leiteten, Ulrich Schneider (FIR) referierte (v.l.n.r.).

Die Geschäftsführerin des sächsischen Landesvorstandes, Karin Jeschke, berichtet in einem einleitenden Beitrag über die Entwicklung der Gedenkstättenpolitik in Sachsen, die Anstrengungen des Landesverbandes der VVN-BdA gemeinsam mit anderen Verbänden und Vereinigungen zur Änderung der sächsischen Gedenkstättenpolitik und formulierte Erwartungen und Forderungen an die Landespolitik. Trotz vielfältig genutzter Mittel und Möglichkeiten und mit großer Unterstützung durch die zentralen Betroffenen- und Opferverbände sei es noch nicht gelungen, die Novellierung des »Gesetzes zur Errichtung der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft« vom April 2003 herbeizuführen.

FIR-Generalsekretär zum verordneten Geschichtsbild

Das Referat des Generalsekretärs der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR), Dr. Ulrich Schneider, war geprägt von einem Blick auf die gegenwärtige Geschichtspolitik. Die vorherrschende Geschichtsauffassung ist die Auffassung der Herrschenden. Der Staat definiert, wie Geschichte zu verstehen ist. Diesen Gedanken stellte er zu Beginn in den Vordergrund. 2009 ist ein »Gedenkjahr« mit vielen Jubiläen geschichtlicher Ereignisse. Bei der Erinnerung an die Gründung der Weimarer Republik wurden mögliche Alternativen ausgeblendet. Die Weimarer Verfassung war zwar eine demokratische Verfassung, enthielt aber noch viele autoritäre Strukturen. Das Grundgesetz der Bundesrepublik von 1949 war ein Kompromiss zwischen fortschrittlichen Kräften, die Lehren aus der zwölfjährigen Periode des deutschen Faschismus gezogen hatten, und restaurativen Kräften der Vergangenheit. 1989/1990 vollzog sich im Osten der Wandel von »verordneten Antifaschismus« zum verordneten Geschichtsbild der BRD.

Im zweiten Teil seiner Ausführungen setzte sich Dr. Schneider mit der Konzeption der Landesregierung Brandenburg zur Erinnerungskultur 1933 bis 1990 auseinander. Mit der Konzeption von den zwei deutschen Diktaturen wird alles ausgeblendet, was den Weg in den Faschismus geebnet hat. Der organisierte Widerstand der Arbeiterbewegung wird ebenfalls ausgeblendet und auf den alltäglichen Widerstand reduziert. Als Kern des Widerstandes werden die Hilfen für Verfolgte dargestellt. Die Opfergruppen der Juden und Sinti und Roma werden überhöht, andere vernachlässigt, verschwiegen.

Dr. K.H. Gerstenberg (B90/Grüne), Dr. Klaus Dieter Müller (Sächs. Gedenkstätten), Andre Hahn (Die Linke, Fraktionsvorsitzender)

In der anschließenden Aussprache nahmen zuerst die offiziellen Vertreter der Parteien und Institutionen das Wort. Dr. Klaus-Dieter Müller von der Stiftung Sächsischer Gedenkstätten schilderte die Arbeitsweise der Stiftung. Unter seiner Leitung gebe es keine Gleichsetzung von Menschheitsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen, von NS-Zeit und DDR. Er beklagte die mangelhafte finanzielle Ausstattung der Gedenkarbeit, die Erweiterungen verhindere. Die Aufgaben der Arbeit mit Schülern können nicht im erforderlichen Umfang gemacht werden. Die Stiftung hat jährlich 2,3 Mio. EURO für alle Aufgaben zur Verfügung. Vorgesehen ist die Neugestaltung der Ausstellung »Dresden – Münchner Platz« und die Ausstellung zur NS-Zeit in Bautzen.

Dr. Andre Hahn, Vorsitzender der Linksfraktion im Sächsischen Landtag, verwies darauf, dass die Diskussion um das Konzept zweier deutscher Diktaturen älter als das Gedenkstättengesetz sei und brachte entsprechende Formulierungen in der sächsischen Verfassung in Erinnerung. Als herausragendes Beispiel nannte er den Text auf der Gedenktafel im ehemaligen KZ Hohnstein zur DDR-Zeit, der an etwas erinnern soll, was die SED – angeblich – vorhatte, aber nie getan hat. Mit Ausnahme der CDU und NPD sind alle Landtagsparteien bereit, das Gedenkstättengesetz zu novellieren. Dr. Karl-Heinz Gerstenberg (Bündnis 90/Die Grünen) erinnerte daran, dass im Wahlprogramm seiner Partei von 2004 die Forderung nach einer Novellierung des Gedenkstättengesetzes enthalten war. Es sei ihm damals unvorstellbar gewesen, dass sich in den folgenden fünf Jahren nichts ändern würde. Die geänderten Formulierungen in der Satzung der Gedenkstättenstiftung reichten nicht aus, denn sie haben keine Gesetzeskraft. In einem novellierten Gesetz muss der Bildungsauftrag der Stiftung stärker ausgedrückt werden.

DGB: Wirtschaftskrise führt zu sozialen Verwerfungen

Rolf Hron, Vorsitzender DGB Region Dresden-Oberelbe, sprach engagiert zu den Veranstaltungen am 13./14.2.09 in Dresden. Durch die Verweigerungshaltung der CDU wurde die Bürgerschaft gespalten. Das war der größte Nazi-Aufmarsch nach 1945 in Europa. Diese Situation beunruhigt die Gewerkschaften zutiefst. Er sieht den Fehler darin, dass immer zuerst gefragt wird, was uns trennt, und nicht was uns vereint. Er befürchtet, dass durch die Wirtschaftskrise soziale Verwerfungen auftreten. 30 000 neue Arbeitslose in der Region – auf die werden sich die Nazis stürzen.

Dr. Peter Fischer, Vizepräsident

(Fortsetzung auf Seite 4)

Gedenkstättenpolitik

(Fortsetzung von Seite 3)

des Zentralrates der Juden in Deutschland, sprach von einer permanenten Demütigung der jüdischen Opfer durch die Stiftung. Dies wurde drei Jahre lang hingenommen. Erst 2003 erfolgte dann der Austritt aus den Stiftungsgremien. Er warnte vor einem Konkurrenzkampf zwischen den verschiedenen Opfergruppen. Die Bezeichnung »doppelte Vergangenheit« für Gedenkstätten inkriminiere eine gewisse Deckungsgleichheit, die es aber nicht gebe. Während die Darstellung der stalinistischen Herrschaft eine Auseinandersetzung mit einem verfehlten, verfälschten Gesellschaftskonzept beinhalte, war der Faschismus der Bruch mit aller menschlichter Zivilisation, führte an den Rand der Barbarei, war ein bislang unvorstellbarer Zustand.



Rolf Hron, DGB Dresden-Oberelbe, erläutert die Februar-Aktionen.

»Enkelgeneration will wissen, wie es war«

In der weiteren Diskussion wurde über Erfahrungen, Probleme und Aktivitäten bei der Gedenkarbeit vor Ort gesprochen. Dr. Hans Brenner aus Zschopau berichtete über ein Projekt »Atlas zur Geschichte und Landeskunde« der Sächsischen Akademie der Wissenschaften. In der Planung war unter den 125 Karten keine einzige über die Terrorherrschaft der NS vorgesehen. Einige Historiker haben sich zusammengefunden, um eine solche Karte zu erarbeiten. Der Landesverband der VVN-BdA unterstützt durch mehrere Mitarbeiter das Kartenprojekt.

Charlotte Zeitschel aus Leipzig sprach darüber, dass die Enkelgeneration in die von ihr geleitete Gedenkstätte für Zwangsarbeiter komme und authentische Informationen will. Verstärkt werden Fragen gestellt, wie mit dem Neofaschismus umzugehen ist. Dresdner Gesprächsteilnehmer äußerten

Auch Gegenwart in den Blick nehmen

sich zur Gedenkstätte Münchner Platz, eine Gedenkstätte mit »doppelter Vergangenheit«. Durch die Gleichsetzung von NS-Terror und DDR-Justiz würden die Antifaschisten gedemütigt. Auf Proteste zu den entsprechenden Gedenkplatten wurde geantwortet, es gäbe keinen Handlungsbedarf.

Die Teilnehmer des Erfahrungsaustausches waren sich darin einig, dass zur Vermittlung unserer Erfahrungen an die jüngere Generation sowohl auf die Vergangenheit zu verweisen ist, aber auch auf die gegenwärtigen Probleme eingegangen werden muss. Trotz des Wahlkampfes sollten wir die Regierung nicht aus ihrer Verantwortung entlassen, sondern Druck machen, ihrer Verantwortung vor der Geschichte und den Erfordernissen der Gegenwart nachzukommen.

Peter Giersich Auerbach/Vogtland

Losung »Schwerter zu Pflugscharen« erneuert

Nachbetrachtung zum zehnten Zwickauer Ostermarsch

Bei strahlendem Sonnenschein fanden sich an diesem Ostersamstag 40 Teilnehmer zum diesjährigen Ostermarsch auf dem Zwickauer Georgenplatz ein. Um Punkt zehn Uhr eröffnete der Organisator vom Netzwerk Frieden in Person von Andrè Ackermann die Veranstaltung unter dem Motto: Nein zur Nato! Nein zum Krieg! Schwerter zu Pflugscharen!

Obwohl angesprochen, war keine der »Volksparteien« von CDU bis SPD anwesend. Es fehlten auch die »Bürgerbewegten«, die in den 80er Jahren das Motto »Schwerter zu Pflugscharen« zu dem Ihren gemacht hatten. Heute aktueller denn je ist es für sie anscheinend »Schnee von gestern«. Die Linke war sogar mit Abgeordneten vertreten und auch der Fraktionsvorsitzende im Zwickauer Stadtrat, Thomas Koutzky, ließ es sich nicht nehmen, dabei zu sein. Bravo!

Unterwegs stießen noch einige Bürger zur Demo. Der MDR billigte uns 70 Teilnehmer in seinen Abendnachrichten zu. An den einzelnen Aufenthalten brachten die Sprecher in ihren Redebeiträgen eindeutig die Forderungen zum Ausdruck:

- Auflösung der sich immer aggressiver gebärdenden NATO und Austritt Deutschlands aus diesem Pakt
- Keine Gelder mehr für Kriege; diese Mittel in Soziales, Bildung, Kultur und Gesundheitswesen sowie in die Schaffung von Arbeitsplätzen investieren
- Deutsche Soldaten raus aus Afghanistan und anderen offenen und verdeckten Kriegsschauplätzen
- Die wirklichen Profiteure entlarven: Monopole, Banken, Versicherungen und die Rüstungsindustrie
- Dieses System unter der Regierung Merkel stoppen.

Gefahr durch die NATO

Die NATO, so wurde betont, dient nicht der Verteidigung; ihre provokative Osterweiterung gefährdet den Frieden in Europa, sät Misstrauen und Angst, sie mutiert zum Weltgendarm.

Unter der rot-grünen Koalition wurde Deutschland erstmals nach dem 2. Weltkrieg wieder kriegführende Nation. Im Bündnis mit der NATO überfiel es heimtükkisch, brutal und ohne Kriegserklärung Jugoslawien. Unter Vorspiegelung falscher Tatsachen wie humanitäre Rettung und Zurechtweisung der »bösen Serben« zerstörten sie die Infrastruktur, töteten wahllos Zivilisten darunter viele Frauen und Kinder – ich denke als Sinnbild an die Brücke von Varvarin –, ebneten Schulen, Krankenhäuser, Wohnungen und zahllose Kulturstätten ein. Das letzte Zipfelchen von Sozialismus in Europa musste ausgerottet werden. Keine Lüge war dazu groß genug und nicht wenige unserer Bürger glaubten sie.

Bei unserem Ostermarsch kreuzten wir auch die sogenannten »Shopping-Meilen« an den Zwickauer »Arcaden«. Es war interessant zu sehen, wie manche der Besucher uns betrachteten: Wie Exoten. Da der Betrieb sehr dicht war, fühlten sich einige auch gestört, weil sie kurz innehalten mussten, um uns vorbei zu lassen. Einige lächelten uns sogar freundlich zu.

Ich fragte mich, was haben die Menschen begriffen, wie lange wollen sie noch Lügen und leeren Versprechungen der Regierenden unter Frau Merkel glauben? Es ist an der Zeit, eine breite Offensive der Aufklärung zu entfalten mit Worten und Formulierungen, welche die Menschen verstehen. Wir sollten an Beispielen demonstrieren, wie sie betrogen werden und wie groß die Gefahr für sie, ihre Familien, für das ganze Land und Europa ist. Diese Gleichgültigkeit und das Desinteresse machen mich sehr betroffen und zornig zugleich.

Es ist hier den Organisatoren zu danken, die am Ende der Demo im Schwanenteichgelände auch für das leibliche Wohl sorgten und die Beschallung installierten. Zu danken ist den Teilnehmern, die trotz Pflastermüdigkeit ihre gute Laune nicht verloren. Ein Dankeschön auch den uns begleitenden Polizisten.

Erika Heitzig, Zwickau

Redaktion: Peter Giersich
Tel. und Fax: (037 44) 808 83
Zuschriften bitte an
VVN-BdA Sachsen
Wettiner Platz 10
01067 Dresden
E-Mail: sachsenantifa@t-online.de

nonpd – konkret und praktisch

Lichtenberg, Köpenick, Reinickendorf: Wir tragen unsere Kampagne auf die Straße

5000 Gründe für ein NPD-Verbot. Ein Grund leuchtet vielen antifaschistischen Aktivist(innen) sofort ein: ein freies Wochenende ohne Nazis, ohne die NPD.

Die Berliner VVN-BdA, ihre Freunde und Bündnispartner(innen) haben turbulente Monate hinter sich. Wo immer die NPD und andere Nazis in Berlin auftauchten, waren wir schon da: unübersehbar und unüberhörbar.

Wiederholte Blockaden von Antifaschist(innen) verzögerten erheblich den Aufzug von etwa 600 Neonazis am 6. Dezember 2008. Ein Erfolg mit einem bitteren Beigeschmack: Die Polizei nahm über 80 Gegendemonstrant(innen) vorübergehend fest. Ihnen drohen jetzt Strafverfahren, unter anderem wegen »Nötigung« und »Verstoß gegen das Versammlungsgesetz«. Viele Betroffene haben sich seitdem zusammengetan, um sich gegen diese Kriminalisierung zu wehren. Die ersten Verfahren wurden mittlerweile eingestellt. Am 1. Mai 2009 gab es ein Solidaritätskonzert »Naziaufmärsche blockieren ist unser Recht« im Kreuzberger Festsaal.



Demonstration vor dem Kammergericht Moabit gegen die Mahnwache der NPD. Bild: Burkhardt Lange

Nazi-Infostände wurden verhindert…

Am 7. März 2009 versuchte die Lichtenberger NPD mit ihrer Vorsitzenden, Manuela Thönhard, und dem Berliner NPD-Vorsitzenden, Jörg Hähnel, drei Infostände im Bezirk Lichtenberg aufzustellen. Doch schon an der ersten Station am Lindencenter in Hohenschönhausen wurden sie von unseren nonpd-Transparenten, der Antifa Hohenschönhausen und der Abgeordneten der LINKEN, Evrim Baba, empfangen. Die Nazis zogen unverrichteter Dinge ab, um ihr Glück einige Kilometer weiter am S-Bahnhof Friedrichsfelde Ost zu versuchen. Auch dort bestimmten unsere Transparente das Bild, und die Nazis packten nach einer knappen Stunde ein. An der dritten Station im Weitling-Kiez tauchten sie gar nicht mehr auf.

Auch der Landesparteitag der Berliner NPD am 14. März 2009 war von antifaschistischen Protesten begleitet. Ihr Wunschaustragungsort, ein Seniorenfreizeitheim in Steglitz, wurde ihnen verwehrt, da sich der Berliner NPD-Chef weigerte, einen Mietvertrag zu unterzeichnen, der rassistische und antisemitische Äußerungen nicht zuließ. Die Nazis tagten schließlich in ihrer Köpenicker Parteizentrale. Davor protestierten etwa hundert Antifaschisten, die Berliner VVN-BdA war natürlich mit dabei.

…und »Mahnwachen« auch

Am 27. März 2009 mobilisierten Berliner Ex-NPDler zu einer »Mahnwache« unter dem Motto »Härteste Strafen für Kinderschänder« vor dem Landgericht in Moabit. Initiatoren waren die ehemaligen Vorsitzenden der NPD-Kreisverbände Hellersdorf-Marzahn und Tempelhof, die kurz zuvor nach einem Führungsstreit mit Jörg Hähnel aus der NPD ausgetreten waren. Gemeinsam mit der Antifaschistischen Initiative Moabit, dem Bündnis »Zusammen gegen die NPD«, Mitgliedern der IG-Metall, Anwält(innen) sowie Moabiter Schüler(innen) wiesen wir die demagogischen Parolen zurück.

Sogar CDU musste Flagge zeigen

Aus Anlass des Sonderparteitages der NPD am 11. und 12. April 2009 in Reinickendorf zog am Samstag eine Demonstration mit rund 800 Teilnehmern vor das Rathaus, um gegen den braunen Ungeist zu protestieren. Neben Fahnen der SPD, sogar der CDU, von Gewerkschaften, LINKEN und Grünen sowie Transparenten unabhängiger Antifagruppen zeigte auch die VVN Flagge: Transparente und 50 Schilder, auf denen das Verbot der NPD gefordert wurde. Über Stunden blockierten Antifaschist(innen) einen Zugang zum Versammlungssaal, so dass viele NPDler nur unter massivem Polizeischutz den Parteitag erreichen konnten. Auch am Sonntag wurde die abschließende Pressekonferenz der NPD kommentiert und lautstark gestört.

Nicht zu vergessen sind natürlich die Proteste gegen den Nazi-Bekleidungsladen »Thor Steinar« in Friedrichshain, die seit dessen Eröffnung Ende Februar nicht abreißen. Und vom ersten Tag mit dabei: Die Berliner VVN-BdA.

All diese aufregenden Wochenenden und Aktionen haben gezeigt, dass sich unsere nonpd-Kampagne gerade dann mit Leben füllt und wir unsere Zeitungen und Flugblätter am besten unter die Leute bringen können, wenn wir uns aktiv einmischen und dort hingehen wo sich die unterschiedlichsten Menschen gegen Nazis engagieren.

Arthur Nähring

Redaktion: Dr. Hans Coppi
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Tel.: (030) 29784178
Fax: (030) 29784378
Internet: http://berlin.vvn-bda.org
E-Mail: berlin@vvn-bda.org

Wir bitten sehr um Spenden für die Berliner VVN-BdA
Postbank Berlin
Konto-Nr: 315 904 105
BLZ: 100 100 10

Tagung stellt antifaschistisches Berlin dar

Arbeiterwiderstand und Zivilcourage in der Nazizeit

Den Widerstand aus der Arbeiterbewegung einer größeren Öffentlichkeit bekannt machen, ist das Ziel einer Tagung der Berliner VVN-BdA in Kooperation mit Helle Panke. Ihr Titel: »Das rote Berlin – Arbeiterwiderstand gegen das Nazi-Regime«. Sie findet statt am 26. und 27. Juni im Robert-Havemann-Saal des Hauses der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Straße 4.

Berlin zählte zu den Hochburgen von Dissens, Protest und Widerstand. Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Sozialisten, Trotzkisten, parteiunabhängige Linke und Arbeitersportler stellten den größten Anteil der Berliner Widerstandskämpfer(innen). Daraus haben sich trotz Terror und Verfolgung immer wieder neue Freundes- und Widerstandskreise, Schulungszirkel sowie informelle Begegnungs- und Organisationsformen gebildet.

Am Abend des 26. Juni gehen Dr. Hans Coppi, Rüdiger Lötzer (IG Metall Berlin), Prof. Dr. Siegfried Mielke, Dr. Gisela Notz (Historikerin) und Prof. Dr. Johannes Tuchel der Frage nach, inwieweit der Arbeiterwiderstand zu den Desideraten und Erfordernissen der Widerstandsforschung gehört.

Am Samstag, dem 27. Juni stellen Studenten der FU Berlin neue Arbeiten vor: Marion Goers und Stefan Heinz zum Widerstand aus den Reihen der Gewerkschaften, Hendrik Weipert zur Robert-Uhrig-Gruppe und Benjamin Rostalski zur KPO-Gruppe um Walter Uhlmann. Dr. Annette Neumann und Dr. Bärbel Schindler-Saefkow sprechen über die Neuorganisation des kommunistischen Widerstandes am Beispiel der Saefkow-Jacob-Bästlein-Organisation und Dr. Hans-Rainer Sandvoss über den sozialdemokratischen Widerstand in der Kriegszeit.

Zwei Workshops zum Widerstand von »Zwischengruppen«, von Trotzkisten, Anarchisten, oppositionelle Kommunisten und Sozialisten sowie zum Widerstand mit und von Zwangsarbeitern beschließen die Tagung. Eine Veröffentlichung ist geplant.

Weitere Informationen über: www.helle-panke.de. Eintritt zur Abendveranstaltung am 26. Juni: 1,50 Euro, zur Tagung am 27. Juni: 5 Euro incl. Kaffee und Mittagessen. Anmeldungen möglichst bis 10. Juni unter: info@helle-panke.de oder bei der Berliner VVN-BdA unter 2978478 (Fax) oder per E-Mail unter berlin@vvn-bda.org.

Die Saefkow-Jacob-Bästlein-Organisation

50 Stolpersteine und eine Ausstellung zum Berliner Arbeiterwiderstand

An etwa 50 Mitkämpfer, die im Kampf gegen Hitler ihr Leben ließen, erinnern in Berlin Straßennamen, Gedenkzeichen oder Denkmale. Vor drei Jahren riefen Bärbel Schindler-Saefkow, Annette Neumann und Susanne Riveles, Töchter von zum Tode verurteilten Widerstandskämpfern, die Initiative »50 Stolpersteine für den Arbeiterwiderstand« ins Leben. Bis Mitte Juni werden 48 Gedenksteine verlegt sein.

Seit zwei Jahren arbeiten die Kuratorinnen, Annette Neumann und Bärbel Schindler-Saefkow, an der Ausstellung über eine der größten Berliner Widerstandsorganisationen.

Ab Ende 1942 bauten Anton Saefkow und Franz Jacob eine weit verzweigte Organisation mit Kontakten zu Antifaschisten, darunter viele frühere Gewerkschafter, in über 70 Berliner Betrieben auf. Über 500 Männer und Frauen: Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Anhänger unterschiedlicher Weltanschauungen; Arbeiter, Angestellte, Soldaten, Ärzte und Künstler gehörten ihr an. Sie wollten Hitler stürzen und den Krieg beenden helfen.

Im Juni 1944 trafen die Sozialdemokraten Julius Leber und Adolf Reichwein mit Billigung Stauffenbergs die Kommunisten Saefkow und Jacob, um Möglichkeiten für ein Zusammengehen im Kampf gegen das NS-Regime zu sondieren; ein im Umfeld der Verschwörung des »20. Juli« einzigartiger Vorgang. Durch Verrat wurden im Sommer 1944 über 280 Personen verhaftet. 100 Männer und Frauen wurden hingerichtet oder starben während der Haft und in Konzentrationslagern. Andere, die fliehen oder untertauchen konnten, setzten den Kampf fort.

Auf 20 Tafeln erfahren die Besucher, wie unter schwierigsten Bedingungen illegale Arbeit organisiert wurde. Ein besonderer Schwerpunkt waren die Kontakte in die Berliner Rüstungsindustrie, die Zusammenarbeit und Solidarität mit Zwangsarbeitern. Mit Soldatenbriefen wirkte die Gruppe auch in die Wehrmacht hinein. Hitlergegner aus dem Bürgertum, Künstler und Ärzte stießen dazu und knüpften neue Kontakte. Jüdische Widerstandskämpfer schlossen sich der Gruppe an. Auch viele Frauen beteiligten sich. Aber auch Verrat, Verfolgung, Justizterror und Haft sowie letzte Briefe werden dokumentiert. Im Mittelpunkt stehen Frauen und Männer mit ihren unterschiedlichen Biografien. Eine Karte in Form eines Triptychons »Topografie des Widerstands, des Terrors, des Gedenkens« vermittelt einen Eindruck von dem beträchtlichen Umfang des Widerstands im Vorfeld des 20. Juli 1944.

Mit der Ausstellung, der Begleitpublikation und den Stolpersteinen möchte die VVN-BdA den wenig bekannten Widerstand aus der Arbeiterbewegung in seiner weltanschaulichen und politischen Vielfalt einer größeren Öffentlichkeit und insbesondere der Jugend zugänglich machen.

Über die Geschäftsstelle der Berliner VVN-BdA können bereits Flyer und Plakate und nach Ausstellungseröffnung der Katalog bezogen und auch die Wanderausstellung angefragt werden. **Hans Coppi**

Berliner Arbeiterwiderstand 1942-1945

„Weg mit Hitler - Schluß mit dem Krieg!“
Die Saefkow-Jacob-Bästlein-Organisation

Eine Ausstellung der Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) in der Humboldt-Universität zu Berlin / Foyer der „Kommode“

Unter den Linden 11, 10117 Berlin / Eingang Bebelplatz

Do 18. Juni, 18 Uhr: Eröffnung

Mi 24. Juni, 19 Uhr: 10 Stolpersteine in Mitte, Raum 144 (Kommode)

Mi 1. Juli, 19 Uhr: 5 Stolpersteine in Pankow, Winsstraße 12

Mi 8. Juli, 10 Uhr: Jugendliche im Widerstand, Raum 144

Mi 15. Juli, 19 Uhr: Frauen im Widerstand, Raum 144

Di 21. Juli, 19 Uhr: Arbeiter gegen Hitler, Ort: Senatssaal der Humboldt-Universität, Unter den Linden 6, Berlin-Mitte

Führungen & Projekte für Schüler: Mit dem Rucksack in die Vergangenheit
Nach Anmeldung: Email: berlin@vvn-bda.org
oder Tel.: 030/65 65 452

Ostermarsch: »Atomwaffen auf Null fahren«

VVN-BdA Hessen wieder dabei

»Beseitigung aller Atomwaffen und für ein NPD-Verbot.« Das waren die Losungen, unter denen sich zahlreiche Mitglieder der hessischen VVN-BdA an den Abschlusskundgebungen der diesjährigen Ostermärsche in Frankfurt am Main und Kassel beteiligten.

In einem ausführlichen Porträt zitierte die »Hessisch-Niedersächsische Allgemeine« (HNA) eine VVN-Kameradin, die sich seit 30 Jahren am Ostermarsch beteiligt, mit den Worten: »Wir müssen daran arbeiten, dass alle ihre Atomwaffen gegen Null fahren.« Dafür werde sie auch 2010 wieder demonstrieren.

Auf zwei Zwischenkundgebungen erinnerte der Kasseler Ostermarsch auch an den antifaschistischen Widerstand. Am Mahnmal im Fürstengarten erinnerte Rolf Weckeck an den Hitler-Attentäter Georg Elser und an der »Rampe«, dem Kasseler Mahnmal für die Opfer der Vernichtungstransporte, erinnerte Ulrich Schneider als Vertreter der VVN-BdA an Kasseler Antifaschisten:

»Auch in unserer Stadt gab es Antifaschistinnen und Friedensfreunde, die als Gegner der faschistischen Kriegspolitik im illegalen Widerstand versucht haben, Schlimmeres zu verhindern, die sich dieser Politik verweigerten und dafür verfolgt, teilweise ermordet wurden, zwei von ihnen – Wolfgang Schönfeld und Johannes Walter – noch in den letzten Stunden vor der Befreiung der Stadt durch alliierte Truppen.

Und diese Frauen und Männer zogen 1945 politische Konsequenzen in der einfachen, aber so klaren Losung: Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!«

Erinnerung an Antimilitarismus der 50er-Jahre

Doch wer in den folgenden Jahren in Konsequenz dieser Erfahrung politisch handelte, wer zum Beispiel die Kriegspolitik der USA in Korea kritisierte, der wurde wegen Kritik an den Besatzungsmächten angeklagt und verurteilt, wurde weiter berichtet.

Wer als Konsequenz aus der Zerstörung Kassels im Krieg Minenschächte, die als Teil neuer Kriegsvorbereitung angesehen wurden, zubetonierte, wurde ebenfalls verhaftet und wegen »Sabotage« und »feindliche Handlungen gegen die Besatzungsmacht« verurteilt. Ulrich Schneider: »Und wer in der Stadt der aufkommenden Rüstungsindustrie bei Bode, Henschel und Wegmann Aufrüstung und Wiederbewaffnung kritisierte, der verlor seinen Arbeitsplatz.«

Diese Frauen und Männer werden in den Jubelveranstaltungen zum 60-jährigen Gründungsjubiläum der BRD wahrscheinlich nicht genannt werden, sie werden verdrängt oder vergessen sein. Die Friedensbewegung täte gut daran, sich auch im Sinne einer eigenen Selbstvergewisserung noch stärker an eben diese Frauen und Männer zu erinnern, die sich gegen den faschistischen Krieg, gegen Remilitarisierung der BRD und Kriegspolitik gewehrt haben. Denn sie zogen 1945 die Konsequenz, die bis heute nichts an Aktualität verloren hat: Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

Der Redner weiter: »Und so verbinden wir als antifaschistische und Friedensbewegung an diesem Gedenkort und in diesem Jubiläumsjahr das Gedenken an die Opfer faschistischer und rassistischer Verfolgung mit der Erinnerung an diejenigen, die diesem Terrorregime versucht haben zu widerstehen, mit dem Erinnern an die Frauen und Männer, die politische Konsequenzen im Sinne des Vermächtnisses der Opfer und Überlebenden 1945 gezogen haben und dies auch im politischen Handeln in der Bundesrepublik Deutschland bewahrt haben.«

U. Schn.

Einblicke in den Sport unter Nazi-Herrschaft

Der Fußballclub der »Juddebube«

Man muss kein Fan von Eintracht Frankfurt sein, um von diesem Buch verblüfft und erschüttert zu werden: Matthias Thoma liefert mit seiner Untersuchung über Eintracht Frankfurt in der NS-Zeit »Wir waren die Juddebube« einen fundierten Beitrag zum noch immer nicht umfassend erforschten Bereich des deutschen Sports in der Nazizeit – lange Zeit ein Tabu-Thema. Erst in den neunziger Jahren erlaubten die ersten Vereine Nachforschungen, unter anderen Borussia Dortmund, Schalke 04 und der 1. FC. Kaiserslautern.

Dass mit dem Stichwort Juden im Titel naturgemäß dem Kapitel »Der Juddeclub und die Machtübernahme« den größten Raum gewidmet wird und besonders aufschlussreich den Prozess der Gleichschaltung, der Verfolgung jüdischer und NS-kritischer Sportler und die Instrumentalisierung des Sports dokumentiert ist, macht den Informationswert dieses Buches aus. Da Frankfurt am Main in den zwanziger, dreißiger Jahren nach Berlin als größte jüdische Gemeinde Deutschlands entsprechend umfangreich Spieler, Funktionäre und Sponsoren des Fußballclubs Eintracht stellte, wurde sie im Volksmund der »Juddeclub«, die Spieler als »Juddebube« bezeichnet, was damals zunächst noch nicht als Beschimpfung empfunden wurde, wie sich die Eintrachtler Karl Kraus und Karl Heinemann erinnerten.

Sport als Beitrag zum Nationalsozialismus

Das änderte sich nach dem Machtantritt der Nazis, hatte doch Frankfurt schon stets in den Augen der Nazis abfällig als »Stadt der Juden und Demokraten« gegolten. Jetzt verkündeten die Nazis: »Führerprinzip ist Höchstleistungsprinzip. ... Der nordische Mensch ist Kämpfer, weil er Sieger sein will! Und deshalb Höchstleistung vollbringen wollen, ist nationalsozialistisch. Weil wir auch im Sport Nationalsozialisten sind, bekennen wir uns zum Grundsatz der Höchstleistung«, hieß es jetzt in den Vereinsnachrichten. Juden und Marxisten durften nicht Mitglied werden. Wer dennoch 1937 in der Mannschaft stand wie »Jule« Lehmann, erhielt Spielverbot und wurde gnadenlos ausgegrenzt. Um ihn kümmerten sich Mannschaftskameraden wie »Moppel« Karl Alt, der später für sein außergewöhnliches Engagement von der Stadt Frankfurt mit der Johanna Kirchner-Medaille ausgezeichnet wurde.

Doch der Ungeist behielt noch lange Zeit die Oberhand. Bereits im Januar 1938 schrieben die Vereinsnachrichten: »Auf unseren Plätzen am Riederwald soll sich deutsche Jugend vorbereiten auf den sportlichen Wettkampf und damit auf den Kampf des Lebens überhaupt. Volk, Wehr, Rasse und Führertum sollen die Richtungspunkte sein für unsere Arbeit in der Sportgemeinde Eintracht.«

Peter Altmann



Matthias Thoma: »Wir waren die Juddebube«. Eintracht Frankfurt in der NS-Zeit. 240 Seiten, Verlag Die Werkstatt, 19,90 Euro, ISBN 978-3-89533-560-0

DGB-Seminar

Gewerkschafter besuchen Gedenkstätte KZ Hinzert

Dieses relativ kleine Konzentrationslager lag in der Nähe von Hessen, etwa zwei Autostunden von Bad Homburg und Frankfurt am Main entfernt, und ist doch vielfach unbekannt geblieben. Die VVN-BdA will es vor dem Vergessen bewahren und an das damalige unmenschliche Geschehen erinnern.

In einem Seminar sollen die unterschiedlichen Funktionen des SS-Sonderlagers Hinzert behandelt werden: 1939 war es noch ein so genanntes Polizeihaft- und Arbeitserziehungslager für am Westwall eingesetzte, im nationalsozialistischen Sinne straffällig gewordene Arbeiter. Am 1. Juli 1941 wurde Hinzert dann der Inspektion der Konzentrationslager unterstellt und danach schrittweise in ein kleineres Konzentrationslager umgewandelt.

Bis zu seiner Räumung Anfang März 1945 waren insgesamt rund 14 000 männliche Häftlinge im Alter zwischen 13 und 80 Jahren im Lager inhaftiert. In dem theoretisch für 560 Häftlinge ausgelegten, aber mit jeweils 1200 bis 1500 Menschen völlig überbelegten Lager, betrug die Sterblichkeit bis zu zwei Prozent der Belegschaft pro Tag. Daher muss von einer weit höheren Opferzahl als den 321 gesicherten Toten ausgegangen werden.

Das zweitägige Wochenendseminar in Hinzert findet statt am 13. und 14. Juni in der Gedenkstätte SS-Sonderlager/ KZ Hinzert, An der Gedenkstätte in Hinzert-Pölert bei Hermeskeil (Hunsrück). Auskünfte und Anmeldung beim DGB Frankfurt Rhein-Main, per E-Mail an: horst.koch-panzner@dgb.de

Redaktion: Peter Altmann
Landesverband der VVN-BdA-Hessen,
Eckenheimer Landstr. 93,
60318 Frankfurt,
Tel. und Fax: (069) 5970524.

Wir bitten um Spenden für den Landesverband Hessen!

Spendenkonto: VVN-BdA Hessen
Postbank Frankfurt
Kto-Nr. 49330-602 BLZ 5001006

Erinnerung an das Kornsand-Verbrechen

Auf dem Kornsand am Rhein gegenüber Nierstein folgten auch in diesem Jahr am 21. März zahlreiche Menschen dem Aufruf des Arbeitskreises Kornsand, um der sechs Opfer zu gedenken, die an diesem Tag vor 64 Jahren an dieser Stelle von Nazi-Verbrechern kaltblütig durch Genickschuss ermordet wurden – unmittelbar vor dem Einmarsch der amerikanischen Truppen und dem Ende des Krieges.

+ 21. März 1945 +
Im Anblick ihrer Heimat
wurden hier schuldlos erschossen:
Eberhardt Georg Nierstein
Eller Cerry Nierstein
Eller Johann Nierstein
Lerch Nikolaus Nierstein
Schuch Jakob Nierstein
Gruber Rudolf Oppenheim
Den Toten zum Gedächtnis!
Den Lebenden zur Mahnung!
Damit, was hier geschah,
sich nie wiederhole.

Eine Metallplatte auf dem Kornsand-Gedenkstein nennt die Namen der Opfer dieses Naziverbrechens. In seiner Ansprache sagte Pfarrer Walter Ullrich, die Tat müsse immer wieder vergegenwärtigt werden. Gedenken allein reiche nicht aus. »Vergegenwärtigen und Widerstehen, das ist ein schwieriger Weg.« Auch heute gebe es genug Anlass zum Widerstehen.

Im Anschluss an die Ansprache wurden von den Teilnehmern Kränze und rote Nelken am Gedenkstein niedergelegt.

P. A.

VOR 70 JAHREN IN HESSEN (TEIL 2)

Der Weg in den Krieg

Pogrome und Hetzveranstaltungen als Vorboten des Krieges

Als am 1. September 1939 mit dem Überfall auf Polen der deutsche Faschismus den Zweiten Weltkrieg auslöste, war dies eigentlich nur der Schlusspunkt einer Entwicklung, die viele Monate zuvor – auch in Hessen – ihren Ausgangspunkt genommen hat. (Fortsetzung aus *antifa* März/April 2009)

Die ideologische Kriegseinstimmung der deutschen Bevölkerung fand 1939 in aller Öffentlichkeit statt. Ausgrenzung von »Volksfeinden« aus der »Volksgemeinschaft« und die gebetsmühlenartige Wiederholung der Forderung nach Deutschlands Größe in der Welt lassen sich an vielen Beispielen nachzeichnen. Exemplarisch sollen an dieser Stelle nur zwei Aktionen vom Frühjahr und Sommer 1939 aus Nordhessen genannt werden, die diese Zielrichtungen des Krieges unterstrichen:

Nachdem schon im November 1938 in der Reichspogromnacht die Verfolgung jüdischer Menschen einen blutigen Höhepunkt erreicht hatte, setzten die Nazihorden ihren gewalttätigen Antisemitismus in den folgenden Monaten fort. So zerstörten am 9. April 1939 am helllichten Tage Angehörige von SA und SS vor dem Rathaus in Kassel den »Aschrott-Brunnen«. Sigmund Aschrott, ein ehemals wohlhabender Kasseler Bürger, hatte diesen Brunnen anlässlich der 1000-Jahr-Feier Kassels im Jahre 1913 der Stadt gestiftet. In den Augen der faschistischen Propagandisten durfte es nicht sein, dass in einer Zeit, in der ein Krieg mit rassistischen Ideen vorbereitet wurde, durch ein solches Denkmal das bürgerschaftliche Engagement jüdischer Menschen öffentlich erinnerbar war. Man zerstörte den Brunnen bis auf die Umfassungsmauern und legte dort ein Blumenbeet an, damit nichts an dieses Denkmal erinnere.

Von größerer propagandistischer Wirkung war zweifellos eine Massenveranstaltung, die seit 1935 schon mehrfach in Kassel inszeniert worden war: der »Reichskriegertag«. Hier marschierten Veteranen der Kaiserlichen Armee, Mitglieder der Militaristenverbände, wie zum Beispiel dem Kyffhäuser und Angehörige der Wehrmacht auf, um für Aufrüstung und »Deutschlands Größe« zu demonstrieren.

Annektionen im Osten und Drang nach Kolonien

Anfang Juni 1939 traf man sich zum »1. Großdeutschen Reichskriegertag«. »Großdeutsch«, weil Österreich, das Sudetenland, die Rest-Tschechei und das Memelgebiet zu diesem Zeitpunkt bereits annektiert waren.

Die Veranstaltung 1939 strotzte nur so vor Gigantomanie. Fast 120 Sonderzüge wurden eingesetzt, um die knapp 300 000 Teilnehmenden nach Kassel zu schaffen. Ähnlich wie bei den Reichsparteitagen lebte diese Veranstaltung von einer Selbstinszenierung der Macht. In der »Leistungsbilanz« der »Reichskriegertag GmbH« und des »Kasseler Verkehrsverein« wurde später verkündet, dass 20 Tausend-Liter-Kessel aufgestellt wurden, um Kaffee, Tee mit Rum und Marschtee zuzubereiten. 360 000 Portionen mit Essen seien gekocht worden.

Wichtiger als solche Zahlen waren die politischen Botschaften der Veranstaltung. Hitler selbst nutzte die Gelegenheit, um in Anwesenheit von militärischen Repräsentanten aus Japan, Italien, Ungarn und Finnland seine imperialistischen Zielsetzungen vorzutragen. Führende Militärs und hochrangige Nazis, unter ihnen Generaloberst Wilhelm Keitel, Reichsleiter-SS Heinrich Himmler und Martin Bormann begleiteten ihn. Während er noch wenige Tage zuvor seine »Friedensbotschaft« verkündet hatte, war hier das geeignete Forum, auf dem er die

(Fortsetzung auf Seite 9)

Schicksal sowjetischer Kriegsgefangener unvergessen

Lebendige Gedenkveranstaltung in Hörsten/Bergen-Belsen

Wo über 20 000 Opfer von der Nazi-Wehrmacht ab Sommer 1941 in der Heide eingepfercht worden waren und unter unmenschlichen Bedingungen vor allem im Winter 1941 elend zugrunde gingen, dort wurde am 19. April der 64. Jahrestag der Befreiung des KZ Bergen-Belsen begangen.



VVN-BdA-Landessprecherin Mecki Hartung gedenkt in Hörsten der ermordeten sowjetischen Kriegsgefangenen. Neben ihr Alexander Levanovic, der Botschafter von Belarus. Bilder: rwk

Nach der offiziellen Feier an der Obeliskenwand des ehemaligen KZ, die seit 2005 u.a. von der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten ausgerichtet wird, führte die niedersächsische VVN-BdA ihre traditionelle Gedenkveranstaltung auf dem Sowjetischen Kriegsgefangenenfriedhof Hörsten am Rande des KZ durch.

Dieser Sowjetische Kriegsgefangenenfriedhof ist vor allem durch die VVN-BdA und die leider verstorbene Kameradin Gertrud Schröter vor dem Vergessen bewahrt worden. Jahrzehntelang wurde ausschließlich an die Opfer des 1943 eingerichteten KZ erinnert. Landessprecherin Mecki Hartung begrüßte es daher vor mehr als 100 Anwesenden ausdrücklich, dass zum ersten Mal auch die Landesregierung und die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten sowie die Jüdischen Gemeinden zum Gedenken an das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen eingeladen und am Vormittag Kränze niedergelegt hatten. Mecki Hartung würdigte auch, dass das Los der Kriegsgefangenen und die Geschichte des Sowjetischen Kriegsgefangenenfriedhofs Hörsten im neuen Dokumentationszentrum der Gedenkstätte ihren gebührenden Platz gefunden haben.

Nach Verlesung eines bewegenden Grußworts des heute in Hannover lebenden Veteranen der Roten Armee Illia Riaboi sprach Alexander Levanovic, der Botschafter von Belarus. Er erinnerte daran, dass sein Land durch den Überfall der deutschen Faschisten fast ein Drittel seiner Bevölkerung verloren hat. Es gäbe praktisch keine Familie, die nicht Opfer zu beklagen habe. Dennoch sei der Friede in Europa und weltweit wieder bedroht, weil der Krieg für zahlreiche Regierungen wieder zu einem Mittel der Politik geworden sei. Dagegen gelte es sich genauso zu wehren wie gegen alle Erscheinungen des Neofaschismus und Rassismus in zahlreichen Ländern.

Diesen notwendigen Kampf stellte auch Lennard Aldag, Vertreter des DGB Nord-Ost-Niedersachsen, in den Mittelpunkt. Gerade in der Südheide hätten sich die Neonazi-Aktivitäten beängstigend

(Fortsetzung auf Seite 10)

HESSEN

Der Weg in den Krieg

(Fortsetzung von Seite 8)

Durchsetzung der politischen Zielstellung mit Hilfe des Militärs offen verkündete. Insbesondere forderte er die Rückeroberung der deutschen Kolonien. Dass damit aber ein Krieg gegen Großbritannien unvermeidlich war, wurde jedem, der noch zuhören konnte, deutlich.

Begonnen hatte das militaristische Spektakel mit einem Massenaufmarsch, der als Machtdemonstration des faschistischen Regimes in der Erinnerung der Teilnehmenden bleiben sollte. Auch die Kasseler Bevölkerung wurde einbezogen. Nachdem Hitler per Flugzeug aus Berlin in Kassel-Waldau eintraf, wurde eine »Triumphfahrt« in einem offenen Pkw inszeniert. Dabei galt jedoch das Verbot, Blumensträuße mitzubringen oder sie gar in das Auto Hitlers zu werfen. Es bestehe Gefahr für die Volksgenossen, lautet die Begründung. Wohl eher hatte man Angst vor einem Anschlag. Doch solche Sorgen der faschistischen Verfolgungsbehörden waren unbegründet. Laut »Kasseler Neueste Nachrichten« jubelten Tausende Hitler frenetisch zu. Wie viele von diesen »jubelnden Zeitgenossen« werden sich wohl vier Jahre später noch an diese Veranstaltung erinnert haben, als Kassel im Oktober 1943 als Folge der faschistischen Kriegspolitik in Schutt und Asche versank?

Von nun an waren es noch knapp zwölf Wochen, bis mit der Provokation von Gleiwitz und der Beschießung der Westerplatte der Krieg gegen Polen begann.

Ulrich Schneider

Herderschule in Bückeburg

Auf den Spuren der Geschichte

Seit über 10 Jahren arbeitet an der Herderschule in Bückeburg eine Geschichtswerkstatt über Themen aus der Zeit des Faschismus.

Projekte der Schüler/innen beschäftigten sich mit dem Schicksal von jüdischen Mitbürger/innen, der Verlegung von »Stolpersteinen« oder untersuchten die Zwangsarbeitslager der Gegend.

Bedeutsam ist dabei das »Arbeitserziehungslager« in Petershagen/Lahde, in dem von 1943 bis 1945 rund 8000 Gefangene beim Bau eines Kraftwerks der Preußen Elektra ausgenutzt wurden. Hunderte von ihnen kamen durch schwerste Arbeits- und Lebensbedingungen oder durch willkürliche Exekutionen zu Tode.

Im April 1945 wurde das Lager evakuiert und die Insassen in einem dreitägigen Marsch nach Hannover-Ahlem getrieben, wo die Gestapo in der ehemaligen Israelitischen Gartenbauschule ein »Polizeiersatzgefängnis« unterhielt. Wer die Strapazen des Weges nicht gewachsen war, wurde erschossen. 154 von ihnen wurden weiter durch Hannover zum Seelhorster Friedhof getrieben und dort zusammen mit weiteren Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern erschossen und verscharrt. Sie wurden nach Kriegsende exhumiert und am Nordufer des Maschsees beigesetzt.

Zum vorläufigen Abschluss ihrer Dokumentation über die Geschichte der Zwangsarbeit beschlossen elf Schüler/innen mit Geschichtslehrer Klaus Maiwald der 60 Kilometer langen Strecke des Todesmarsches zu Fuß zu folgen. Am zweiten Tag dieses Gedenkmarsches erreichte die Gruppe abends die Mahn- und Gedenkstätte in Ahlem. Dort gab die Region Hannover einen Empfang zur Würdigung des Projekts. **rwk**

Literatur:

Geschichtswerkstadt Herderschule: »Wenn wir sie vergessen, sterben sie ein zweites Mal«. Bückeburg 2006.
Landeshauptstadt Hannover (Hg.): Die Erschießungen auf dem Seelhorster Friedhof 1945, Hannover 2005.

Leserbrief zu Anti-Nazi-Demonstration in Celle

Erschreckend martialischer Auftritt der Polizei provozierte Aggression

Am Montag, nach einer am Samstag, den 20. Dezember 2008 stattgefundenen Demo gegen Nazis, erschien in der Celleschen Zeitung auf Seite 17 der Artikel: »500 protestierten gegen Neonazis ...« Klaus Meier dachte nach der Lektüre, er sei auf einer anderen Veranstaltung gewesen. Er schrieb folgenden Leserbrief, der nicht veröffentlicht wurde:

In den Medien sollte suggeriert werden, hier seien gewaltbereite Chaoten dabei gewesen. Dazu kann ich nur erklären: Wir lassen uns nicht auseinander dividieren, auf der einen Seite die »TeilnehmerInnen aus der linksautonomen Szene«, auf der anderen Seite wir, die engagierten Demokraten, wie der DGB Sekretär Hartwig Erb, die AG Bergen-Belsen-Vorsitzende Elke von Meding oder ich als aktives Mitglied der VVN-BdA. Für uns zählt, dass alle der dort anwesenden Personen eines eint, das aktive Eintreten gegen Neonazis und die gesamte »braune Brut«, die dort in Eschede auf dem Nahtzhof seit Jahrzehnten ihr Unwesen treibt.

Das eigentlich Erschreckende war das martialische Auftreten der Polizei. Alle mit der Bahn angereisten – und das waren die meisten (etwa zwei Drittel der Demonstranten) – wurden über zwei Stunden lang regelrecht »gefilzt«. Hier entstand vor allem Aggression. Dank vieler besonnener, vor allem älterer Anwesender, die immer wieder anmahnten, sich nicht von der Polizei provozieren zu lassen, eskalierte die Situation nicht weiter. Hier frage ich mich manchmal, was das für ein Rechtsstaat ist, in dem politisch interessierte Jugendliche (häufig wird gerade die heutige Jugend als überwiegend unpolitisch und unengagiert bezeichnet) zwei Stunden lang wie Kriminelle behandelt werden.

Eines der Ziele der Demonstration war das Ortsende von Eschede, wo am 10. August 1999 der Escheder Peter Deutschmann von den beiden Escheder Nazi-Skinheads Marco Siedbürger und Johannes Markus K. getötet wurde. Die beiden Nazis wurden zu fünfjährigen Haftstrafen verurteilt. Marco Siedbürger schloss sich nach seiner Haftentlassung der Schaumburger Naziszene an. Er gehört seit Jahren zu den gewalttätigsten Naziaktivisten und war an diversen Übergriffen beteiligt. Bis heute zieht es ihn in seine alte Heimat zurück und er ist steter Besucher der Veranstaltungen auf dem Hof Nahtz.

Erinnerung an Opfer von Nazi-Skinheads

Seit über einem Jahr versuchte das Celler Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus in Eschede in einer Kirchengemeinde oder einer Gaststätte Räumlichkeiten für eine Info-Veranstaltung zum Thema »Nahtzhof« zu bekommen, ohne Erfolg. Plötzlich existiert auch ein Arbeitskreis gegen Extremismus in Eschede. Das ist gut, dass sich auch in Eschede etwas tut, das ist ausdrücklich zu begrüßen.

Aber Eschede ist nur ein Beispiel. Die Nazis breiten sich überall aus. Man/Frau muss dem mutig entgegen treten. Nur einige weitere Beispiele: Der Neonazi Jürgen Rieger möchte Gerdehus, ein Anwesen in der Gemeinde Faßberg kaufen und für den 1. Mai 2009 hat Dennis Brührig in Hannover einen großen Aufmarsch angemeldet.

Deshalb gilt es, den Faschismus mit allen legalen Mitteln zu bekämpfen, denn »Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!« Grundgesetz Artikel 139 lautet: Die zur »Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt«. Daher ist von hier die Absage an Nazis abzuleiten.

Klaus Meier

Den Frieden vor Augen ereilte sie der Tod

Gedenkveranstaltung der VVN-BdA in Celle

Bei einem Bombenangriff auf den Celler Güterbahnhof kamen am 8. April 1945 zahlreiche Häftlinge ums Leben. Andere waren Opfer der »Hasenjagd« von örtlichen Nazis.

Hannelore Klement (VVN-BdA-Kreisvorsitzende in Celle) führte in einer Gedenkrede zum 64 Todestag der Opfer auf dem Bahnhofgelände aus: »Wir gedenken der Toten, die hier ums Leben kamen. Besonders aber auch derer, die das Glück – wenn man es so nennen will – und die Kraft hatten, dem Bomben-Inferno zunächst zu entkommen, und die danach bei der sogenannten ›Hasenjagd‹ durch Celle getrieben, gefangen genommen und erschossen wurden.

Es waren ca. 4000 Häftlinge, die am 7. April 1945 aus den KZ-Außenlagern Neuengamme, Salzgitter-Drütte und Salzgitter-Bad nach Bergen-Belsen gebracht werden sollten. Angehörige der SS, SA, der Polizei und der Wehrmacht trieben die, die sich vor dem Bombenhagel in Sicherheit bringen wollten und Schutz suchten, in den nahe gelegenen Wäldern oder Gärten und auf einen Sportplatz in der Nähe des Neustädter Holzes zusammen. Diese ›Hasenjagd‹ vollzog sich bis zum 10. April. Während einige als ›Plünderer‹ sofort standrechtlich erschossen wurden, waren es ungefähr noch 500 Gefangene, die von der SS nach Bergen-Belsen getrieben wurden. Wer unterwegs zusammenbrach, wurde auf der Stelle erschossen. So waren es sicher nur wenige, aber einige doch von den Überlebenden, die uns als Zeitzeugen kurze Interviews geben konnten, welche auch in den ›Celler Heften‹ von RWLE Möller-Stiftung ›Hasenjagd‹ in Celle – nachzulesen sind. Und so möchte ich nun, im Gedenken der Opfer und Toten hier mit dem Satz abschließen: ›Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg!‹«

Gefangene unvergessen

(Fortsetzung von Seite 9)

verstärkt. Die Gewerkschaften seien aus geschichtlicher Erfahrung, die auch in ihre Satzungen eingeflossen seien, verpflichtet und bereit, mit allen demokratischen Kräften gegen Neonazismus und Rassismus vorzugehen. Zu einem Höhepunkt der Gedenkfeier wurde der Beitrag von Jugendlichen des Internationalen Workcamps Bergen-Belsen. Zu diesem Workcamp, das auf Einladung christlicher und gewerkschaftlicher Jugendverbände statt findet, treffen sich jedes Jahr im April Jugendliche aus zahlreichen Ländern zur Arbeit in und an der Gedenkstätte. Zunehmend kommt aber auch der aktive Kampf gegen Rassismus und Neofaschismus dazu. Die Jugendlichen berichteten von ihren Aktionen gegen die »Ostertagung« des »Bund für Gotterkenntnis (Ludendorffer)« im nahen Dorfmark. Diese obskure rassistische Sekte ist durch den Antifaschisten Charly Braun geoutet worden. Ihre Proteste richten sich auch gegen die geplante Zusammenrottung der NPD am 1. Mai in Hannover. Nach diesem mitreißenden Beitrag junger Menschen endete die Gedenkveranstaltung optimistisch mit dem traditionellen Moorsoldaten-Lied, das die Anwesenden gemeinsam mit dem Wolfsburger IG Metallchor »Gegenwind« sangen. Der Wolfsburger Gewerkschaftschor hatte die Veranstaltung mit weiteren Widerstands- und Friedensliedern begleitet.

Alfred Hartung

Trauer um Inge Müller und Emmy Baumgarte

Inge Müller, geb. Bitterlich, kam 1928 in einem kommunistischen Elternhaus zur Welt.

Ihr Vater, Walter Bitterlich, wurde von den Nazis verschleppt und galt für Jahrzehnte als verschollen. Erst nach 1980 erfuhr die Familie von seiner Ermordung in Buchenwald. Die Erinnerung an ihren Vater war für sie prägend. In der antifaschistischen Arbeit, beim Aufbau der Freien Deutschen Jugend und der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) lernte sie ihren späteren Ehemann, Werner Müller, kennen. Mit dem KPD-Verbot wurden sie und ihre Familie erneut Ziel antikommunistischer Willkürjustiz.

Engagement für die Wiedergutmachung

Alle Versuche der Einschüchterung blieben vergebens. Inge arbeitete aktiv in der VVN Niedersachsen mit und hat sich für die Wiedergutmachung verfolgter Antifaschisten eingesetzt.

Seit 1968 waren Inge und Werner neben ihrer VVN-BdA-Tätigkeit aktiv in der DKP. Solange es Inges Gesundheit erlaubte, war sie für die VVN-BdA aktiv und arbeitete in der Initiative zur Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges mit.

In der Kreisvereinigung Hannover nannte man die Kameradin Inge »unser Archiv«. Reinhold Weismann-Kieser schreibt: »Sie konnte mir zu unzähligen auf Fotos dokumentierten Kameradinnen und Kameraden mindestens eine kurze Geschichte erzählen. Leider konnten wir den Plan, Inges Kenntnisse noch einmal in einigen Gesprächsprotokollen festzuhalten, nicht mehr umsetzen.«

Emmy Baumgarte, die jetzt 96-jährig in Hannover starb, wurde 1912 geboren.

Sie hatte sie schon als Heranwachsende die Schrecken des ersten Weltkrieges erfahren und miterlebt, was Krieg, Hunger und Elend bedeuten. Mitglied bei den Jungen Pionieren und später im Kommunistischen Jugendverband Deutschlands (KJVD). Verkauf der Arbeiterillustrierten.

Kurt und Emmy – beide kämpften im KJVD gegen den aufkommenden Faschismus und setzten diese Arbeit auch unterm Faschismus fort. Emmy wurde wegen ihrer illegalen KJVD-Arbeit zu mehrjähriger Gefängnishaft verurteilt, die sie im Gerichtsgefängnis Hannover verbüßen musste. Hinzu kam noch, dass die Gestapo sie unter Druck setzte und physisch bedrohte, weil sie verraten sollte, wo sich Kurt aufhielt, der an der Leninschule in Moskau studierte und später illegal arbeitete. Kurt wurde 1934 verhaftet und saß mehrere Jahre in den verschiedensten Zuchthäusern, wo Emmy ihn nach ihrer Freilassung besuchte.

Lebens- und Kampfgemeinschaft mit Kurt

Erst 1945 kam Kurt nach Hannover zurück, sie konnten heiraten und setzten ihre gemeinsame Arbeit in der KPD fort. Als Kurt von 1965 bis 1967 erneut in politische Haft genommen wurde, hat sich Emmy ganz entschieden für seine Freilassung eingesetzt, was ihr erneut Drohungen durch die politische Justiz einbrachte. 1968 wurde Emmy Mitglied der DKP und brachte sich in der Parteigruppe und als Zeitzeugin aktiv ein.

Artikel und Bilder für die antifa-Niedersachsen-Seiten bitte an mtb-niedersachsen@vvn-bda.de.

VVN-BdA
Landesvereinigung Niedersachsen
Rolandstraße 16, 30161 Hannover,
Tel.: (0511) 3311 36
Fax: (0511) 33 60 221
E-Mail: niedersachsen@vvn-bda.de.

Das Büro ist i. d. R. Montag bis Freitag von 10.00 bis 16.00 Uhr besetzt.

Wenn Ihr weiterhin Informationen der VVN-BdA erhalten wollt, teilt uns bitte nach einem Umzug o. ä. Eure neue Adresse mit. Danke!

Die Landesvereinigung freut sich über Spenden auf das Konto mit der Nr. 7510-307 bei der Postbank Hannover, BLZ 250 100 30.

Erinnerung an Kriegsendverbrechen

Rombergparkkomitee beschließt Erkklärung

Einstimmig angenommen wurde eine aktuelle Erklärung des Internationalen Rombergparkkomitees, das anlässlich der Erinnerungsveranstaltungen an die Kriegsendphasenverbrechen in Dortmund tagte. Solche Mahnveranstaltungen fanden statt in Dortmund, Lünen, Lippstadt und Solingen-Wenzelnbergschlucht. Das Komitee erklärte:

Auch 64 Jahre nach der Ermordung Hunderter Frauen und Männer aus sieben europäischen Ländern in der Dortmunder Bittermark – kurz vor der Zerschlagung des Terrorregimes des deutschen Hitlerfaschismus – bleiben wir aufgefordert, der Opfer des Hitlerregimes zu gedenken. Mit diesem Gedenken leisten wir einen Beitrag für die Schaffung eines friedliebenden Europas frei von jeglichem Rassismus, frei von Völkerhass und Neonazismus. Erfreulicherweise können wir eine Zunahme der verschiedensten Aktionen und Maßnahmen registrieren, die sich gegen den Neonazismus in seinen verschiedenen Erscheinungsformen richten.

Gleich dem Rombergpark und der Bittermark gab es mindestens 130 weitere derartige Tatorte. Wir erinnern daran, dass vom Januar bis April 1945 mindestens 700 000 Menschen auf Todesmärschen von den Konzentrationslagern von Wehrmacht und SS ermordet wurden oder als »Deserteure« hingerichtet wurden – gleich den Menschen, die wir hier in Bittermark und Rombergpark beklagen. Wir wollen daher die Zusammenarbeit zur Erinnerung an die Opfer in allen Gemeinden mit Kriegsendphasenverbrechen verstärken.

Wir erinnern an die Friedenstraditionen der Stadt Dortmund, und bitten deshalb die Dortmunderinnen und Dortmunder, den Vorschlag von US-Präsident Barack Obama aufzugreifen: Machen wir die Welt atomwaffenfrei und fangen wir bei uns damit an. Dortmunds Rat möge der Gemeinschaft Atomwaffenfreier Städte, gegründet vom Bürgermeister von Hiroshima, beitreten.

Wir erinnern an den Krieg der NATO und der Bundeswehr 1999 gegen Serbien-Jugoslawien und grüßen die Menschen in Dortmunds Patenstadt Novi Sad. Wir wollen alles dafür tun, dass das Prinzip wieder gilt: Nie wieder Krieg von deutschem Boden. Nie wieder Krieg und Faschismus.

Aufmarsch der Nazis am 5. September nicht zulassen

Wir erinnern an die antifaschistischen Traditionen der Stadt Dortmund, und deshalb rufen wir dazu auf: Gebt Nazis hier keinen Spielraum. Setzen wir uns dafür ein, dass der Rat der Stadt beschließt, die Initiativen zu einem Verbot der NPD zu unterstützen und sich in Bund und Land dafür zu engagieren. Nicht zuletzt wollen wir selbst – jeder an seinem Platz – die immer lauter werdende Forderung nach einem Verbot der neonazistischen NPD unterstützen. Vor allem verlangen wir, dass der geplante Aufmarsch der Nazis am 5. September in Dortmund nicht zugelassen wird.

Wir danken der Stadt Dortmund für die Bemühungen der Verwaltung und der Bürgerinnen und Bürger, sich der Notwendigkeit der Erinnerungsarbeit zu stellen. Wir meinen, es sollte diese Arbeit ergänzt werden durch eine Dokumentation des Leids und der Opfer der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in Dortmund. Dazu gehört auch die Schaffung von Erinnerungsplätzen an diejenigen, die schuldig sind am Schicksal dieser Menschen und die an ihrer Ausbeutung verdienten: Das heißt, eine Kirdorf-Siedlung ebenso wenig hinzunehmen wie das Beschweigen der Stätten, an denen die Täter aus der Industrie wirkten. Anstelle des Hitler-Finanziers Kirdorf sollte der Name eines der Opfer vom Karfreitag 1945 für die Siedlung gewählt werden. Es sollte die Stelle markiert werden, an der sich in Dortmund im Januar 1933 die Industriellen versammelten, die Hitlers Aufkommen unterstützten.

Aachen: Prozess gegen Antifaschisten eingestellt

Staatsanwaltschaft begünstigt Nazis

»Alle können hier erhobenen Hauptes aus dem Saal gehen.« Das waren die Schlussworte von Amtsrichterin Vera Terbrack, die ein Strafverfahren wegen angeblicher Strafvereitelung und Körperverletzung gegen zwei Aachener Antifaschisten an einer Polizeibeamtin und einem Beamten mit einer Einstellung des Verfahrens beendete.

Die Prozessparteien waren nach gut fünf Verhandlungsstunden mit dem Ergebnis einverstanden, auch bei der zahlreichen Zuhörerschaft aus dem linken Spektrum machte sich nach anfänglichem Murren durchaus Zufriedenheit breit. Richterin Terbrack machte am Ende – ein Zeichen in Richtung Anklagebehörde – sehr deutlich klar, dass auch ein »Freispruch nicht ausgeschlossen« sei.

Man habe so zahlreichen Zeugen ihre Aussagen erspart, hieß es von Seiten der Verteidiger Reinhard Schön (Köln) und Rainer M. Hofmann (Aachen), die nach Verhandlungsende im Namen ihrer Mandanten – der bekannte Aachener Antifaschist Kurt Heiler (56) und ein 39-jähriger Mitdemonstrant – auf dem Gerichtsflur das Prozessergebnis erläuterten.

Die Anklage gegen die Linken war in der Öffentlichkeit auf einiges Unverständnis gestoßen, da den eigentlichen Opfern aus den Reihen der Linken der Prozess noch vor den Neonazis gemacht werde, hieß es in einer Erklärung des Aachener Friedenspreises.

Das Verfahren am Dienstag resultiert aus dem Überfall von etwa 30 bis 40 Neonazis auf einen Demonstrationszug von etwa 200 Antifaschisten Ende März 2008. Als die Demo am Glaskubus kurz vor dem Elisenbrunnen eintraf, stürzten die dunkel gekleideten und nach Zeugenaussagen meist vermummten Nazigestalten aus der Deckung hervor und begannen, auf die linken Demonstranten einzuprügeln. Das Verfahren gegen diese Demonstranten wurde nun eingestellt.

Kurt Heiler, einer der angeklagte Aktivisten aus der VVN-BdA, fasste seine Eindrücke für *antifa* zusammen:

Erstens waren die Zivilbeamten nicht mal über die Gesetzeslage informiert, die für Zivilbeamte in Demonstrationen gelten. Die Zivilbeamten waren nicht (nur) zu unserem Schutz eingesetzt. Auf die Frage der Richterin, was denn noch zu ihren Aufgaben gehörte, verweigerten beide die Aussage mit der Behauptung, dafür sei ihnen keine Aussagegenehmigung ihres Vorgesetzten erteilt worden. Und so genau haben sie sich ja auch verhalten: Sie haben dem Überfall der Neonazis auf unsere Demo tatenlos zugeschaut und haben erst eingegriffen, als sie eine vermeintliche oder tatsächliche Linke »erwischen« konnten. Da wird klar, was der Auftrag war und das gilt es weiter öffentlich zu skandalisieren.

Zweitens hat die Staatsanwaltschaft in ihrer Anklageschrift davon geschrieben, es sei zu »körperlichen Auseinandersetzungen zwischen Teilnehmern zweier Demonstrationszüge gekommen«. Das ist ein zweifacher Skandal. Zum ersten dokumentiert es die Unfähigkeit der Aachener Staatsanwaltschaft, zwischen Täter und Opfer, zwischen Angreifern (bewaffnete planvoll vorgehende Neonazis gleich schwerer Landfriedensbruch) und einer friedlichen antifaschistischen Demonstration zu unterscheiden. Zum anderen geht die gleiche Staatsanwaltschaft hin und klagt bislang vergebens (angeblich ein Jahr wegen Krankheit des Richters) einige wenige Nazis an, weil sie bewaffnet und zielgerichtet unsere Demo überfallen haben. Die Anwälte der Neonazis werden genauso Akteneinsicht bekommen wie unsere Anwälte und die werden sich genüsslich darauf berufen, dass die Staatsanwaltschaft Aachen in unserem Verfahren den Naziangriff eine (zu schützende) Demonstration nennt. Damit ist ein Scheitern des Verfahrens gegen die Neonazis vorprogrammiert durch die ideologische Verblendung der Aachener Staatsanwaltschaft, deren Religion die Gleichsetzung von Rechts und Links ist. Die Tatsache des Überfalls hat deshalb für die Staatsanwaltschaft hinter der Formel von den »zwei Demonstrationen« zurück zu stehen. Diese und andere Scheußlichkeiten, die der Prozess über die Arbeit der Aachener Polizei offenbarte, warten darauf, weiter in der Öffentlichkeit diskutiert zu werden. Das kann nicht nur die Aufgabe der Linken in Aachen sein. Gerade die Stützen der Gesellschaft müssen doch aufpassen, dass die Gesellschaft nicht mittels zu wenig Demokratie und Freiheit in einen autoritären Staat mit faschistoiden Tendenzen überführt wird. Wer im Geschichtsunterricht aufpasste, konnte mitbekommen, dass die Weimarer Republik an der mangelnden Unterstützung durch Demokraten erstickte und nicht an Kämpfen zwischen Rechts und Links.

Bedanken möchten wir uns für die Solidarität vor und während des Prozesses. An der Kundgebung am Vorabend haben ca 100 Menschen teilgenommen. Am Prozesstag war der Saal mit rund 40 Personen permanent überfüllt. Das hat gut getan. Dank auch an die Zeugen für ihre Geduld und Bereitschaft. Dank an den Aachener Friedenspreis und die Partei Die Linke für die Solidaritätserklärungen und das antifaschistische Aktionsbündnis für die Organisation der Demonstration. Last not least Dank an die beiden Anwälte Rainer Hofmann und Reinhard Schön aus Köln.

Ausführliche Stellungnahmen zum Verhalten der Polizei und der Staatsanwaltschaft auf der VVN-NRW-Seite unter http://www.nrw.vvn-bda.de

Besuch in Buchenwald



Wie in jedem Jahr besuchte eine Delegation der VVN-BdA Aachen die Gedenkfeiern zur Selbstbefreiung des KZ Buchenwald. In diesem Jahr wurde die Fahrt gemeinsam mit Verdi Aachen-Düren-Erft organisiert.

Am ersten Tag besuchten wir die Gedenkstätte Buchenwald-Dora, wo mittlerweile ein stark antikommunistischer Ton herrscht. Tags darauf wurden wir in gewohnter Qualität von eigenen Kräften durch das innere und äußere Lager geführt. Die Teilnahme an der Kundgebung zur Selbstbefreiung und der anschließenden Demonstration stärkte noch mal das Gefühl, dass so etwas nie wieder geschehen darf.

Viele der mitreisenden Kolleginnen und Kollegen von Verdi waren zum ersten Mal in einer KZ Gedenkstätte oder doch zum ersten Mal in Buchenwald. Der Arbeitskreis gegen Rechts bei der lokalen Verdi-Gliederung will im nächsten Jahr erneut eine gemeinsame Gedenkfahrt mit der VVN-BdA anbieten.

Bild: Kurt Heiler

Nie wieder – denn wir wissen es

Gedenken an die Kriegsendopfer vom Wenzelnberg

Tiefen Eindruck hinterließ Hans Peters, DGB-Regionalsekretär, mit seiner Rede, die er am 26. April in Solingen an der Wenzelnbergschlucht auf der Gedenkveranstaltung für die Gestapo-Opfer vom April 1945 hielt.



Hans Peters bei seiner Wenzelnberg-Rede.
Bild: Vogler

Er sagte u.a.: »Wie hätte ich mich verhalten?« fragen sich, fragen uns junge Leute heute – in einer Zeit, wo es nicht gefährlich ist, für unseren demokratischen Staat einzustehen. Und deshalb habe ich für das Verhalten der Polizei kein Verständnis und frage deshalb: Ist es bewusste oder gewollte Unkenntnis, die leider sehr oft zu hören ist und die sich in folgender Formulierung findet: »Solange die NPD nicht verboten ist, ist sie legal und hat auch das Recht, ihre Meinung zu vertreten.«

Wenn wir nicht wüssten, dass Tausende Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen und sonstige Gegner der Nazis in Konzentrationslagern verschwanden und für ihre andere Auffassungen und Meinungen unmenschlichste Leiden, Folter und Tod erlitten;

Wenn wir nicht wüssten, dass Menschen jüdischen Glaubens aus Deutschland und ganz Europa, dass Roma, Homosexuelle, Zeugen Jehovas, rechtgläubige Christen, geistig und körperlich Behinderte, die man als »lebensunwert« ansah, planmäßig ums Leben gebracht hat.

Wenn wir nicht wüssten, das durch die Nazis viele Völker Europas überfallen, zerstört und ausgebeutet wurden und im späteren Verlauf des Krieges deutsche Städte, zerbombt und Menschen getötet wurden.

Wir wissen es aber!

»Die Nazis und ihr Geld«

Spannende Diskussionsveranstaltung in Mülheim an der Ruhr

Am 10. März fand in Mülheim an der Ruhr innerhalb der VVN-BdA-Veranstaltungsreihe »Neofaschismus in der BRD« eine Diskussion zum Thema »Die Nazis und ihr Geld – Historische und aktuelle Aspekte« statt. Eingeladen hatte Helmut Herrmann von der VVN-BdA Mülheim. Referent war Wolfgang Dominik, ehemaliger Lehrbeauftragter an der Uni Dortmund und Mitglied der VVN-BdA.

Wolfgang Dominik stellte zu Beginn seines Vortrags fest, dass man heute in der kritischen Geschichtswissenschaft die Personen aus den Top-Etagen des deutschen und internationalen Großkapitals sehr genau kenne, die den Zugang der NSDAP zur politischen Macht mit sehr viel Geld erst ermöglichten: Bereits 1927 begann die Unterstützung Hitlers durch Emil Kirdorf, einem der wichtigsten Ruhrindustriellen. Im Januar 1928 wurde die »Ruhrlade« als informeller und höchst exklusiver Zirkel von Paul Reusch gegründet, dessen Mitglieder in vielen Vorständen und Aufsichtsräten der rheinischen Schwerindustrie saßen. Krupp, Klöckner, Reusch, Fickler, Winkhaus, Vögler, Poensgen, Springorum, Thyssen und Haniel gehörten dazu. Friedrich Flick könne man als Sympathisanten bezeichnen. Man traf sich in geselliger Runde und organisierte Spenden in Höhe von jährlich bis zu 1,5 Millionen Reichsmark für bürgerliche und rechte Parteien.

Auch wisse man, dass diese deutschen »Eliten« ganz bestimmte Wünsche mit ihren Geschenken verbanden: Eine Beschränkung aller sozialen Ausgaben, innerbetriebliche Tarifverträge, die Verringerung der Arbeitslosenunterstützung und ein gezielter Kampf gegen die Gewerkschaften sowie gegen den Marxismus zählten hierzu. Das politische Programm der »Ruhrlade« hatte viele Gemeinsamkeiten mit demjenigen Hitlers. So flossen ab 1931 regelmäßig Spenden der »Ruhrlade« an einzelne Nazis, – diese Spenden standen letztendlich der NSDAP zur Verfügung. Während der Nazi-Diktatur wurde ein Aufrüstungsprogramm mit gigantischen Erträgen für alle Rüstungsunternehmen in die Wege geleitet, und ein bisher unvorstellbares Ausplünderungs-, Sklavenarbeits- und Ausrottungsprogramm führte zu riesigen Gewinnen für die Industrie.

»Nach 1945 gingen die Kapitalverbrechen weiter und sie sind längst nicht beendet«, so Wolfgang Dominik. »Wer aber finanziert heute die NPD?« Die Antwort hierauf sehe, für das Jahr 2006, folgendermaßen aus: »Die NPD erhält ihr Geld vom Staat (45 Prozent der Gesamteinnahmen), aus Spenden (32 Prozent), aus Mitgliederbeiträgen (19 Prozent) und aus sonstigen Einnahmen (4 Prozent).« Ein Verbot der NPD, bisher unter anderem verhindert durch V-Leute in der Partei, sei quasi gleichbedeutend mit deren finanziellem Ruin.

Während der nun folgenden Diskussion werden auch seitens der Gäste viele weitere Gründe für ein Verbot der NPD genannt. Abschließend verliest Helmut Herrmann eine Solidaritätserklärung mit Nina Eumann (Die Linke, Mülheim), die während der letzten Wochen mehrmals von der NPD, durch Beschädigung ihres Autos in Verbindung mit einem Hinterlassen von Flyern dieser Partei, belästigt wurde. **Andreas Marquardt**

Redaktion: Ulrich Sander
Landesbüro der VVN-BdA NRW,
Gathe 55, 42107 Wuppertal,
Tel.: (0202) 450629
Unser Spendenkonto: Pbk Essen,
Konto 28212-435, BLZ 36010043

Antifa-Landeskonferenz

Reader erschienen

Der Reader mit den Reden und Dokumenten der 28. Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen in NRW ist jetzt lieferbar. Ein sehr interessantes Heft – besonders mit vielen Tipps zum Kommunalwahlkampf.

Einige Vorausexemplare wurden von VVN-Leuten bei einer Veranstaltung im Landtag vorgelegt, die von der SPD-Landtagsfraktion zum Thema »Rechtsextremismus in NRW« veranstaltet wurde. Die VVN-BdA war mit einem Infostand und mit Diskussionsbeiträgen in Arbeitsgruppen vertreten.

Die Konferenz-Vorschläge, erarbeitet, um im kommunalen Rahmen den Neonazis und Rassisten ihre Hetze und ihr Wirken unmöglich zu machen (ein Dokument aus dem Reader) wurden vom Konferenzleiter Wolfram Kusche (MdL und ehemaliger Regierungspräsident in Arnsberg) als gute Anregung hervorgehoben. Großes Interesse fand auch das Plakat »Keine Nazis und andere Rassisten in die Parlamente«, das ebenfalls im Landesbüro zu beziehen ist. **J. Sch.**

Wer das Heft haben möchte, sende drei Euro in Briefmarken an die VVN-BdA in Gathe 55, 42107 Wuppertal.

Augsburg: Dankschreiben vom Oberbürgermeister

Unter der Überschrift »Keine Verharmlosung? Gericht erlaubt Naziaufmarsch in Augsburg« haben wir in der *antifa* vom März/April über die braunen Provokationen und die Gegenaktivitäten am 28. Februar berichtet. Kurz darauf ging der VVN-BdA Augsburg folgendes Dankschreiben vom Oberbürgermeister der Stadt, Dr. Kurt Gribl zu, das wir hier in Auszügen wiedergeben:

»Sehr geehrter Herr Dr. Munding, ich möchte mich auf diesem Weg sehr herzlich für Ihre Teilnahme an unserem Aktionstag ›Vielfalt in der Friedensstadt‹ am 28. Februar 2009 bedanken. Der Tag, welcher von der Stadt Augsburg, dem Bündnis für Menschenwürde und vielen weiteren Organisationen gestaltet wurde, war ein guter Tag für unsere Stadt.

Sie haben mit Ihrer engagierten Aktion auf dem Königsplatz ein gutes Stück dazu mitgeholfen, den Ruf Augsburgs als Ort der Demokratie und als weltoffener, toleranter Stadt zu festigen.

Durch den Aktionstag haben wir gemeinsam in diesem Sinn ein positives Zeichen gesetzt und ich bin der festen Überzeugung, dass dieses Signal Ausdruck einer breiten Übereinstimmung in der Augsburger Bürgerschaft ist.«

Kampfansagen gegen die Nazis

Augsburger erinnerten an Naziopfer Pfarrer Max Josef Metzger

Am 17. April gedachten rund 100 Menschen am Domplatz in Augsburg des 65. Jahrestages der Hinrichtung von Pfarrer Max Josef Metzger (»Bruder Paulus«) durch die Nazis. Anschließend wurde im Thalia-Kino ein Film von Josef Gogl über das Leben des Geistlichen gezeigt.

Bei der Gedenkfeier nahmen zahlreiche Vertreter von Organisation und Parteien teil. Auch Mieczyslaw (Mietek) Pemper, Ehrenbürger der Stadt Augsburg, war anwesend. Die Gedenkfeier wurde von pax christi, Bistumstelle Augsburg, in Kooperation mit dem VVN-BdA-Kreisverband Augsburg, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, dem Bündnis für Menschenwürde und dem Esperanto-Sprachclub Augsburg organisiert.

Max Josef Metzger stammte aus Schopfheim im Schwarzwald, wo er am 3. Februar 1887 als Lehrersohn geboren wurde. 1911 empfing er in Freiburg im Breisgau die Priesterweihe. Als junger Kaplan arbeitete er zunächst in Karlsruhe, 1912 bis 1914 in Mannheim und dann bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges in Oberhausen. Freiwillig meldete er sich als Militärgeistlicher und kam dort zur Erkenntnis, dass er sich künftig für den Frieden in der Welt einsetzen müsse.



Die Stele am Augsburger Domplatz erinnert an Max Josef Metzger.

Bild: VVN-BdA Augsburg

Immer wieder kam er mit seinem Engagement in Konflikt mit seinen Kirchenoberen – im österreichischen Graz, wo er zuerst tätig wurde und ab 1927 auch nach seiner Rückkehr nach Deutschland, die ihn schließlich ins schwäbische Meitingen führte. Trotz bischöflicher Auflagen wurde Metzger in der Friedensbewegung aktiv. »Das ganze gottverlassene System der Wirtschaft von heute mit ihrer schrankenlosen und gewissenlosen Profitgier führt, ohne dass es dem Einzelnen meist zu Bewusstsein kommt, fast zwangsläufig einmal zu der Katastrophe des Krieges«, schrieb er 1930.

Aktiv trotz Veto des Bischofs

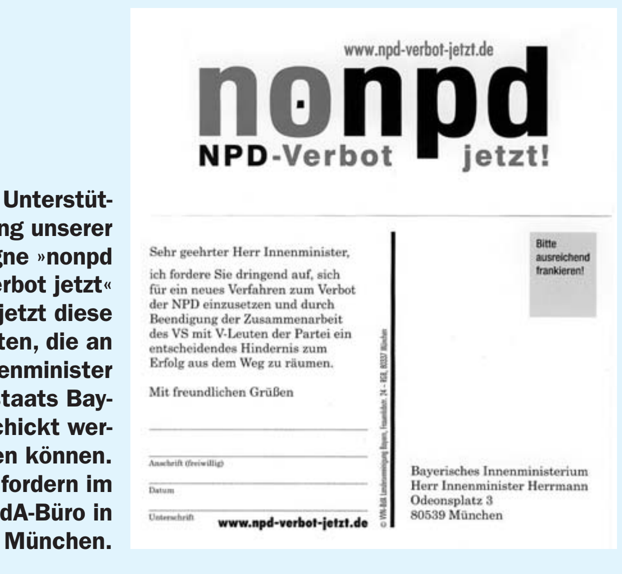
1932 veröffentlichte er einen Artikel gegen die nazistische Hetze gegen die Juden. Während die deutschen Bischöfe am 28. März 1933 das neue Regime feierlich anerkannten und die katholischen Gläubigen zu treuer und gewissenhafter Erfüllung der Staatsbürgerpflichten ermahnten, formulierte Dr. Metzger 1934: »Die Kirche muss sich zur Wehr setzen, wo man die Macht zum Götzen erhebt, wo man den Frieden zwischen den Völkern durch rohe Gewaltpolitik gefährdet, wo man den Staat zur Quelle allen Rechtes macht und fremde Rechte nur insoweit gelten läst, als sie dem eigenen Volke keine Opfer zumuten.« Das war eine Kampfansage gegen das Naziregime.

Im Januar 1934 zum ersten Mal verhaftet, sah sich Metzger immer wieder Verfolgungen ausgesetzt. Die zweite Verhaftung erfolgte 1939, einen Tag nach dem Bürgerbräu-Attentat auf Hitler in München. Ohne Nennung des Haftgrundes wurde er vier Wochen später entlassen. Im Frühjahr 1943 verfasste er ein Friedensmanifest für ein zukünftiges Deutschland nach der Zerschlagung der Naziherrschaft. Das Memorandum sollte durch eine Vertraute über Schweden nach Großbritannien gesendet werden. Die Vertraute aber war seit 1941 Agentin der Gestapo. Am 29. Juni 1943 wird Metzger wieder verhaftet; die Verhandlung wegen Hochverrates findet am 14. Oktober 1943 in Berlin statt und endet nach einer Stunde und zehn Minuten mit der Todesstrafe – der Richter: Dr. Roland Freisler.

Spenden an die VVN-BdA Bayern

Wir freuen uns immer sehr über Spenden für die Arbeit unseres Landesverbandes.
Unser Konto: VVN-BdA Bayern, Nr. 10532-807, Postbank München, BLZ 700 100 80.

Zur Unterstützung unserer Kampagne »nonpd NPD-Verbot jetzt« gibt es jetzt diese Postkarten, die an den Innenminister des Freistaats Bayern geschickt werden können. Anzufordern im VVN-BdA-Büro in München.


www.npd-verbot-jetzt.de

nonpd

NPD-Verbot jetzt!

Sehr geehrter Herr Innenminister,

ich fordere Sie dringend auf, sich für ein neues Verfahren zum Verbot der NPD einzusetzen und durch Beendigung der Zusammenarbeit des VS mit V-Leuten der Partei ein entscheidendes Hindernis zum Erfolg aus dem Weg zu räumen.

Mit freundlichen Grüßen

Anschrift (freiwillig)

Datum

Unterschrift

www.npd-verbot-jetzt.de

Bitte ausreichend frankieren!

Bayerisches Innenministerium
Herr Innenminister Herrmann
Odeonsplatz 3
80539 München

Redaktion: Ernst Antoni
VVN-BdA Bayern
Frauenlobstr. 24, 80337 München
Tel.: (089) 53 17 86
Fax: (089) 53 89 464
E-Mail: lv-bayern@vvn-bda.de

Bitte teilt uns Eure Adressen- oder Kontenänderungen mit!

Absurder »Sonderweg«

Verfassungsschutz diffamiert VVN-BdA Bayern und a.i.d.a.-Archiv

Auch im Jahr 2008 wurde die VVN-BdA in Bayern wieder vom Verfassungsschutz »beobachtet«. Auf zweieinhalb Seiten sind kuriose »Erkenntnisse« daraus im veröffentlichten »Jahresbericht« der Institution nachzulesen. Die VVN-BdA Bayern erklärt dazu:

»Seit Jahren werden keinerlei Belege vorgebracht; dem Landesamt genügen auch diesmal wieder bloße Behauptungen über eine fehlende Distanzierung von ›Kommunisten und radikalen Linken‹ sowie eine angebliche ›Bündnisarbeit bis weit in das gewaltbereite Spektrum‹.

Leider wird an keiner Stelle die wirkliche Arbeit der bayerischen VVN zur Kenntnis genommen, die sich seit vielen Jahren aktiv gegen Rechtsextremismus engagiert und möglichst breite Bevölkerungskreise zu einem demokratischen, friedlichem Engagement bewegen will.

Im Bund und in den allermeisten Bundesländern wird dieser Arbeit Rechnung getragen und die VVN-BdA deshalb nicht mehr in den Verfassungsschutzberichten erwähnt. So erscheint der bayerische ›Sonderweg‹ in Sachen VVN geradezu absurd und anachronistisch angesichts der Tatsachen, dass beispielsweise

- der Ehrenvorsitzenden der VVN-BdA, Esther Bejarano, Mitglied im so genannten ›Mädchenorchester Auschwitz‹ im letzten Jahr vom Bundespräsidenten Horst Köhler das Bundesverdienstkreuz verliehen wurde unter ausdrücklicher Anerkennung ihrer Arbeit in der VVN;
- dem langjährigen Mitglied des Landevorstands der VVN-Bayern, der NS-Verfolgten und Augsburger Ehrenbürgerin Anni Pröll, vor einigen Jahren vom ehemaligen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber ebenfalls das Bundesverdienstkreuz überreicht wurde;
- im ›Bamberger Bündnis gegen Rechtsextremismus‹ Partner wie der DGB, die Katholische Arbeitnehmerbewegung, das Erzbistum Bamberg, die Evangelische Kirche, die Israelitische Kultusgemeinde oder der Stadtjugendring gemeinsam mit der Bamberger VVN arbeiten;
- Mitglieder der Münchner VVN mit Straßennamen oder mit Auszeichnungen wie ›München leuchtet‹ von der Stadt München geehrt wurden;
- die VVN an vielen Orten in Bayern ein geschätzter Partner von Kommunen und Organisationen ist, wenn es darum geht, das Gedenken an die Zeit des Nationalsozialismus wach zu halten und dem Wiederaufleben von Rassismus, Antisemitismus und rechtsextremer Ideologie entgegenzutreten.

Die Etikettierung der VVN als ›linksextremistisch‹ im bayerischen Verfassungsschutzbericht ist nicht nur eine politische Diffamierung und Ausgrenzung, sondern vor allem auch eine persönliche Diffamierung der älteren Mitglieder der VVN, die unter dem Naziterror in Konzentrationslagern leiden mussten: Diejenigen, die sich damals den Nazis entgegenstellten und noch heute in hohem Alter die Jugend aufklären möchten, werden letztlich als ›Extremisten‹ auf die gleiche Stufe wie die Neonazis gestellt.«

***

Im Visier der geheimdienstlichen »Beobachter« war auch das a.i.d.a.-Archiv, das seit langer Zeit unverzichtbare Aufklärungsarbeit über Rechtsextremes in München und Bayern leistet. Auszüge aus der Protesterklärung von a.i.d.a. gegen die Bespitzelung und Diskriminierung:»Die Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e. V. (a.i.d.a.) dokumentiert seit 1990 die Aktivitäten der extremen Rechten und informiert darüber Presse und Öffentlichkeit. Initiativen gegen Rechts schätzen die Arbeit des mehrfach ausgezeichneten Archivs. Die erfolgreiche Zusammenarbeit im Kampf gegen die extreme Rechte ist dem Bayerischen Innenministerium aber offensichtlich ein Dorn im Auge. Scheinbar will sich die bayerische Staatsregierung die alleinige Informations- und Deutungshoheit über das Thema Rechtsextremismus, das sich dagegen richtende Engagement sowie die Bildungsarbeit in diesem Bereich sichern. Linke, kritische, zivilgesellschaftliche Gruppen stören dabei offensichtlich.

Vor diesem Hintergrund sieht sich a.i.d.a. mit einer Diffamierungskampagne der bayerischen Staatsregierung konfrontiert, deren Höhepunkt jetzt die Aufnahme des seit 1990 arbeitenden Vereins in den Verfassungsschutzbericht Bayern 2008 ist. Er listet a.i.d.a. in einer Tabelle unter der eigens dafür geschaffenen Kategorie ›sonstige Linksextremisten‹ auf. Darüber hinaus taucht a.i.d.a. an zwei weiteren Stellen im bayerischen Verfassungsschutzbericht 2008 auf: In der Rubrik ›Freie Nationalisten München‹ als Ziel einer Neonazi-Demonstration unter dem Motto ›Linksextreme Strukturen erkennen - A.I.D.A.-Archiv verbieten!‹ sowie als Ziel extrem rechter Aktivitäten unter ›3.3 Linksextremistischmotivierte Straftaten/ 3.3.1 Gewalttaten‹ (…). Der bayerische Staatsminister des Innern, Joachim Herrmann, geht sogar noch einen Schritt weiter und unterstellt a.i.d.a., die Arbeit des Archivs diene nicht der Bekämpfung des Rechtsextremismus, sondern es handle sich um ›Unterwanderungsversuche‹, mit denen a.i.d.a. versuche, ›verstärkt bei demokratisch initiierten Projekten gegen Rechtsextremismus Fuß zu fassen und hier Einfluss zu gewinnen‹. (…) Selbst auf Nachfragen von Journalisten konnte Herrmann keine konkreten Nachweise für die Anschuldigungen liefern.«



»Schon wieder einen erwischt!«
Zeichnung: Zingerl

Wir gratulieren ...

… natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen, würde allerdings den Rahmen der *antifa* sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten – und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

Mai: Monika Huber, Kirchdorf, 89 Jahre; Hans Besold, Unterhaching, 86 Jahre; Martin Löwenberg, München, 84 Jahre; Eva Sengle, Füssen, 81 Jahre; Stephan Wirner, Bamberg, 60 Jahre.

Juni: Hans Taschner, Inning, 98 Jahre, Emma Engelhardt, Schwarzenbach, 87 Jahre; Fritz Feuerer, München, 87 Jahre; Dr. Dieter Gabanyi, Augsburg, 65 Jahre; Tom Kaiser, München, 60 Jahre; Peter Schönfelder, Gersthofen, 60 Jahre.

Gedenken an junge Zwangsarbeiterinnen

Kundgebung zum Internationalen Frauentag 2009

Am 8. März trafen sich auf Einladung der VVN/Bund der AntifaschistInnen zahlreiche Hamburgerinnen und Hamburger auf dem Friedhof Ohlsdorf, um anlässlich des Internationalen Frauentages des Leidens und Sterbens der sowjetischen ZwangsarbeiterInnen zu gedenken und an den Steinen, die an sie erinnern, Blumen niederzulegen.

Sie kamen aus der Ukraine, aus Dnepropetrowsk. Viele von ihnen waren erst 15 Jahre alt. Hungernd und frierend nach dem Transport in offenen Waggons kamen die ersten 80 Frauen und Mädchen aus Dnepropetrowsk im November 1942 nach Hamburg und mussten hier arbeiten. Sie bekamen schlechtes und unzureichendes Essen. Die Mädchen durften in der Freizeit keine Kontakte zu anderen Menschen haben. Es war ihnen verboten, bei Bombenalarm einen Bunker aufzusuchen. Am 18. Juni 1944 fielen sie alle einem Bombenangriff zum Opfer. Eine Bombe fiel in den offenen Splittergraben. 140 Frauen und Mädchen wurden getötet.

Die beiden jungen Frauen aus Perm, die im Rahmen des Projektes »Transfer« ein freiwilliges soziales Jahr in Hamburg verbringen, erinnerten in ihrem Beitrag an die sowjetischen Zwangarbeiterinnen. Aus ihrem Redebeitrag: »Mit hoher Achtung und Verehrung denke ich an diese Frauen und Mädchen, die während dieser Zeit gelebt haben, die Konzentrationslager überlebt oder leider nicht überlebt haben, die auf ihre Männer gewartet haben, die in diesem Krieg alles verloren haben, die trotz alledem aktiv gegen Nationalsozialisten gekämpft haben. Von Herzen möchte ich, dass solche Wörter wie: Krieg, Faschismus, Opfer, KZ, Graben immer nur in der Vergangenheit bleiben. Ich möchte, dass niemand mehr eine solche Zeit erleben muss.

Dazu muss man nicht nur mit den Worten, sondern auch mit aktiven Taten wirken. Deshalb schätze ich die Wichtigkeit der Arbeit von Einrichtungen wie Solidarische Hilfe im Alter und der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes - Bund der Antifaschisten in Hamburg.«

Der Freiwilligenaustausch zwischen Hamburg, Minsk (Belarus) und Perm (Russland) ist ein Kooperationsprojekt mit Dolya-Verein der NS-Opfer in Minsk (Belarus) und Jugendmemorial in Perm (Russland). Im Gegenzug können jungen Menschen aus Deutschland im Alter zwischen 18 und 30 Jahren, die über Grundkenntnisse in der russischen Sprache verfügen und Interesse an der Auseinandersetzung mit der Geschichte der NS-Verfolgung haben ein freiwilliges soziales Jahr in den Partnerländern verbringen.

Nähere Infos unter: http://www.psychosoz-arbeit.org.

Antifaschistische Maitage

Aktionen in Harburg vom 4. bis zum 17. Mai

Das Bündnis »Einig gegen rechts« veranstaltet in Harburg wie jedes Jahr seine »Antifaschistischen Maitage«. Sie beginnen am Montag, dem 4. Mai, von 17 bis 19 Uhr mit einem Infotisch in der Lüneburger Straße.

Anlässlich der Befreiung vom Faschismus 1945 (in Harburg und Hamburg war es der 3. Mai) wird dort traditionell Sekt ausgeschenkt. Am Donnerstag, dem 7. Mai, gibt es um 17 Uhr im Wilhelmsburger Bürgerhaus eine Diskussion zum Thema: Wirtschaftskrise, Ausländerfeindlichkeit und rechte Gefahr am Beispiel Wilhelmsburgs.

Am 8. Mai veranstaltet die Kultur-Werkstatt (Kanalplatz 6) um 19 Uhr einen Vortrag zum Thema legale und illegale Datensammelwut: Effektiver Schutz von Computern vor dem Zugriff von außen. Am folgenden Sonnabend, 9. Mai, gibt es einen antifaschistischen Stadtrundgang. Treffpunkt 11 Uhr. Am Sonntag, dem 10. Mai, wird im »Consortium« (Neue Straße) um 16 Uhr der Film »Grauzone« gezeigt. Am 13. Mai folgt der Film »Die Welle« um 20 Uhr in der Kultur-Werkstatt. Am Sonntag, dem 17. Mai findet um 11 Uhr eine »Rote Runde« (Harburger Polit-Talk) im »Mieterpavillon« statt (Friedrich-Naumann-Str.7). Und die letzte Veranstaltung beginnt am gleichen Tag um 16 Uhr mit einer Diskussion über Ausstiegshilfe aus der Neonaziszene und über mögliche Wirkungen eines NPD-Verbots auf Mitläufer. **Hans-Joachim Meyer**

Antifaschistische Filmreihe
Kinotage im Mai und Juni

Sonntag, 10. Mai 2009
Wer nicht kämpft hat schon verloren
D 2007, Hermann G. Abmayr, 90 min.
Im Mai 1919 wurde der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) gegründet. Die enge Verbindung zwischen Antifaschismus und gewerkschaftlichen Kämpfen für die Interessen der arbeitenden Menschen wird exemplarisch in der Darstellung der Person von Willi Bleicher, Buchenwalder und IG Metall-Bezirksleiter Baden-Württemberg.
17 Uhr, Metropolis

Sonntag, 21. Juni 2009
Der Röhm-Putsch
BRD 1970, A. Eggebrecht und I. Stolten, 105 min.
Nachdem Hitler 1933 legal an die Macht gekommen war, wurde die zum Volksheer angewachsene SA zum Risikofaktor und für die Reichswehr als Konkurrenz untragbar. Die Dokumentation () zeigt, wie unter dem Vorwand es stehe ein Putsch bevor die SS beauftragt wurde die aufstrebende SA zu liquidieren.
17 Uhr, Metropolis, Steindamm 54 (ehem. SAVOY)

ver.di Hamburg warnt vor NPD

Gewerkschaft gibt Broschüre heraus

Mit einer Broschüre warnen die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und das Projekt »avanti« vor der neofaschistischen NPD.

Unter dem Titel »Die Reihen fest geschlossen – Anatomie der Hamburger NPD und ihres Umfelds« sammelten die Autoren auf mehr als 100 Seiten Informationen zur Struktur und Geschichte der Partei.

»Der Hamburger Landesverband der NPD ist einer der radikalsten und gemessen an seiner Größe aktivsten in Deutschland«, sagte avanti-Sprecher Felix Krebs bei der Vorstellung des Projekts. Die Broschüre kann über ver.di ebenso wie über das VVN-Büro bezogen werden und ist kostenlos.

Redaktion: W. Siede
Landesgeschäftsstelle VVN-BdA
Landesvereinigung Hamburg
E-Mail: vvn-bda.hh@t-online.de